

In den Netzen des cyberspace

Die Welt der sozialen Netzwerke und die Frage nach dem Ort des Politischen

Dokumentation einer Workshop-Debatte am 28. Juni 2013 in der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Das Internet ist gewiss der augenblicklich bedeutendste und schillerndste Inbegriff einer hochtechnologisch ausgerichteten Gegenwart. Digitale Medien durchformen zunehmend sämtliche unserer Lebens- und Wirklichkeitsbereiche. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine scheinbar neue Infrastruktur des sozialen Miteinanders – gerade in Gestalt der »social media« (wie etwa facebook, twitter etc. pp.) – ab. Während einerseits an diesen Vorgang verheißungsvolle Prophetien einer womöglich immer flächendeckenderen demokratischen Partizipation geknüpft sind, wird auf der anderen Seite ein tiefgreifender Bedeutungsschwund der politisch-öffentlichen Sphäre registriert.

Ist das Internet, dessen technologische Vervollkommnung nicht zuletzt auch ökonomisch motiviert ist, denn als ein Forum politischer Öffentlichkeit treffend beschrieben? Welche Rück- und Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse bestehen? Oder muss zuallererst überhaupt der genuine Ort des Politischen neu erfragt werden, wenn in Anbetracht des rasanten Ausbaus digitaler Netzwerke die Unterscheidung zwischen »privat« und »öffentlich« zusehends an ihre Grenzen stößt? In dem für alle Interessierten geöffneten Workshop wurden diese und andere Fragen eingehend diskutiert.

*Eröffnet wurde der Workshop mit einem Referat von **Dr. Imke Sommer**, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Nach der folgenden Diskussion und einer Pause wurde der Workshop fortgesetzt mit einem Referat von **Prof. Dr. Lothar Probst**, Politikwissenschaftler an der Universität Bremen, und sich anschließender Debatte.*

Eröffnungsreferat von Dr. Imke Sommer

Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Da haben wir zunächst das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, wie es das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil formuliert hat. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung speist sich aus der unantastbaren Menschenwürde und dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Und wir haben jetzt noch ein zweites Grundrecht bekommen, das ist das Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Erst einmal zum Hauptgrundrecht auf informationelle Selbstbestimmung: Da ist es wichtig – und das reagiert auch auf etwas, was Sie hier vielleicht schon gehört haben –, dass das in beide Richtungen

geht: Das Bundesverfassungsgericht drückt das so aus: »Das Recht selbst zu bestimmen wer wann was über mich weiß.« Und das ist sowohl einschränkend gemeint als auch nach außen gehend. Das heißt, zu dem Recht gehört auch, dass ich möchte, dass man über Google Streetview in Japan sehen kann, wie mein Haus aussieht. Das ist auch Ausdruck dieses Grundrechtes. Das wird genauso geschützt. Der Schutzbereich ist sehr weit, und ich glaube, das geht immer ein bisschen verloren in der Debatte. Denn ich höre ganz häufig: »Was kümmerst du dich um diese ganzen Leute, die sind doch selbst schuld, die stellen alles ein ins Netz, und dann ärgern sie sich später, dass es irgendwo landet.« Sie ärgern sich zu Recht, und es ist nicht in Ordnung, dass ihre Daten irgendwo landen. Das ist das Problem, und das ist auch das Problem für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung: Dass ich nicht immer genau steuern kann, was mit meinen Daten geschieht.

Genau das will dieses Recht ausdrücken. Es ist auch ein kommunikatives Recht. (Diese Aussage geht ein bisschen gegen Axel Honneth, der das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, soweit ich es das letzte Mal gelesen habe, sehr sehr restriktiv sieht. Ich finde demgegenüber, dass das Recht auch als ein kommunikatives Recht konzipiert ist.)

Dann gibt es dieses zweite Grundrecht, das auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Da haben wir uns die Nutzungsrechte an einem schönen Cartoon gekauft, den ich in meiner Generation super einleuchtend finde. Das ist das Krümelmonster. Das Krümelmonster findet das Ansinnen, Cookies zu löschen, ein bisschen befremdlich. Es fragt ungläubig: »Cookies löschen«?!

Das Krümelmonster findet es komisch, aber Cookies zu löschen ist natürlich genau richtig. Man soll diese Cookies so schnell wie möglich loswerden, weil die sich an uns dransetzen und uns beobachten und zu genau diesen Informationen, die zu Persönlichkeitsprofilen zusammengebracht werden, führen.

Es ist auch interessant, dass das Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme im Grunde ja ein Grundrecht ist, das das Verhältnis von Menschen zu Maschinen bezeichnet. Ich habe ein Recht darauf, dass die Maschine, die ich nutze, genau so ist, wie ich glaube, dass sie ist. So kann man das übersetzen – Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Das kennen wir auch beim Schutz der Unverletzlichkeit

»Selbstbestimmung, Vertraulichkeit und Integrität«

der Wohnung, dieses Verhältnis von Menschen zu Sachen in ihrer Umgebung. Aber es ist schon interessant: im Urteil ging es um die Vorläufer dieser Trojaner, mit deren Hilfe die Sicherheitsbehörden in Nordrheinwestfalen auf die Computer Zugriff genommen haben. In dem Zusammenhang ist das Grundrecht konstituiert worden. Und es ist klar: Wenn wir in der heutigen Zeit ein neues Grundrecht bekommen, dann hat es etwas mit der IT-Technik zu tun.

Und ich finde, das muss man sich jetzt angucken angesichts dieser Enthüllungen darüber, dass Geheimdienste in den USA und in Großbritannien sich Zugang verschaffen zu riesigen Datenmassen bei privaten Dienst-Anbietern. Das ist eine ganz große Geschichte. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Vorratsdatenentscheidung, in der es genau um solche Verbindungsdaten ging, etwas Erstaunliches gesagt. – Das war übrigens eine sehr kritische Entscheidung. Sie haben aber die letzte Konsequenz nicht gezogen und nicht gesagt, das ist verfassungswidrig, sondern sie haben gesagt, es sind Konstellationen denkbar, in denen solche

Eingriffe möglich sind, ohne dass das rechtswidrig ist. Und nun das Erstaunliche: Einen großen Schutz bietet nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts die Tatsache, dass diese Daten nicht beim Staat lagern, sondern bei Privaten, weil sie bei Privaten dezentral gespeichert sind. Doch dieser alleinige Schutzmechanismus »das ist bei Privaten und nicht beim Staat«, das merkt man jetzt, das hilft nichts. Die öffentlichen Stellen holen sich die Daten bei den Privaten, und insofern kommt es für die Wirksamkeit des Schutzes darauf an, wie das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Stellen gestrickt ist.

Das sind also die beiden Menschen-/Grundrechte, mit denen wir es zu tun haben. Was bedeuten diese Grundrechte im Zeitalter von »Big Data«? Das ist ja genau dieses Phänomen, das auch in der uns allen im Vorfeld ans Herz gelegten Literatur beschrieben wird. Es gibt unglaubliche Massen von Einzelinformationen. Wir kennen diese Diskussion aus der Rasterfahndung. Da haben wir strukturell über die Sachen schon alle nachgedacht. Bloß haben wir niemals über diese Dimensionen nachgedacht. Also darüber, wie viele Informationen das sind, auch in Bezug auf Zeitlichkeit und Örtlichkeit. Jede dieser Informationen ist zusätzlich dann noch viel stärker, als das früher der Fall war, mit einem Ort und mit einer Zeit verknüpft. Dadurch werden diese Informationen auch noch viel haltvoller.

Spannend finde ich die feministischen Debatten im Internet und die damit verbundene Frage: Wie funktioniert Wikipedia? Unsere Wahrnehmung von Realität wird gesteuert durch die Algorithmen. Das finde ich auch in der Literatur hier ganz gut wiedergegeben. Also, ich bekomme nur noch die Informationen, von denen der Algorithmus glaubt, dass sie mich interessieren. Das heißt: ich habe eigentlich kein Entwicklungspotenzial. Das ist auch eine ganz dramatische Entwicklung. Neue Gedanken kann ich gar nicht bekommen, weil alles, was mir angeboten wird, das ist, was ich zuvor schon einmal gedacht habe. Innovation ist da nicht drin. Aber wie kommen dann solche inhaltlichen Informationen zustande? Ich kenne einen Teil der feministischen Debatte, der sich darauf bezieht, dass bei Wikipedia sehr viele Männer

»Wie können Persönlichkeitsechte gewahrt werden?«

schreiben. Es gab große Diskussionen, in denen es auch um Feminismus, also feministische Begrifflichkeiten ging. Es hat einen Riesenkampf darum gegeben, diese Wikipedia-Einträge zu ändern, und man hat an dem ganzen Redaktionssystem gemerkt, da passiert ein unglaublicher Ausschluss. Und es ist eben gar nicht so, dass alle – was immer als die Idee von Wikipedia verkauft wird – gemeinsam formulieren dürfen. Also, alles Wissen, das wir haben, wird zusammengefasst. Ja, was ist denn, wenn es strittige Sachen sind? Wer entscheidet dann, was da zu sehen ist und was nicht? Und, genau: was sind die Rechte der einzelnen, die Persönlichkeitsrechte, wie können diese gewahrt werden? Und da sind wir auch wieder im Bereich privat – öffentlich. Wir haben hier – bei Facebook oder wo auch immer, bei Wikipedia – eine Situation, in der es private Anbieter gibt, die sagen: Was hier passiert, passiert nach unseren Regeln. Allgemeine Geschäftsbedingungen. Das ist ganz normal, wenn ihr unseren Dienst benutzt, dann bestimmen wir, wie's geht.

Öffentlichkeit funktioniert aber anders. Öffentlichkeit hat uralte Ideen, die in Pressegesetzen ausgedrückt sind. Ideen darüber, dass der demokratische Gesetzgeber die Öffentlichkeit auch konstituiert. Der kann immer mal etwas verändern, aber es geht darum, dass der Rahmen durch die Gesellschaft, die sich auch in parlamentarischen Beschlüssen artikuliert, festgelegt wird.

Und das haben wir hier nicht. Facebook sagt: Das sind unsere Regeln. Da könnt ihr euch dran halten, und wenn ihr euch nicht dran haltet, dann haben wir zum Beispiel beim Klarnamen-Zwang das Recht, euch rauszuschmeißen, wenn wir beweisen können oder hören – es gibt oft Denunzianten –, dass ihr nicht unter echtem Namen unterwegs seid, dann gehört ihr nicht dazu und dann kann man euch rausschmeißen. Also das ist wirklich gerade in Bezug auf Öffentlichkeit eine Schwierigkeit. Das diskutiere ich auch hier in Bremen mit dem öffentlichen Bereich. Die wollen Fanseiten auf Facebook haben, die haben sie im Moment nicht, jedenfalls dürfen sie keine neuen einrichten. Sie sagen: Wir wollen uns da ausdrücken, wir wollen uns da an die Öffentlichkeit wenden. Ich bin übrigens auch für Informationsfreiheit zuständig und habe viel dafür übrig, wenn öffentliche Stellen die Öffentlichkeit informieren wollen. Die öffentlichen Stellen sagen: Die Menschen sind auf Facebook, deswegen ist das die Öffentlichkeit, und wir wollen die auch nutzen.

Das ist natürlich eine superspannende Fragestellung für diese Veranstaltung.

Genauso wie das Kulturpessimistische, das ich bei Habermas herausgehört habe. Es ist da immer ein bisschen so, dass man das Gefühl hat, Mensch, das ist ihm jetzt so neu, und er hat da irgendwie nicht so richtig Lust sich auf das Internet einzulassen. Ich würde dem, was ich da gelesen habe, entgegen setzen, dass Habermas selbst dieses Postulat der Herrschaftsfreiheit sehr früh verlassen hat. In seinen Anfängen war ihm das wichtig, und schon in der Theorie des kommunikativen Handelns hat er das fallen gelassen. Insofern würde ich zu seiner Beschwerde darüber, wie alles im Internet läuft, sagen: ok, das ist richtig. Aber die Reaktion kann nicht sein: »Das ist Teufelszeug«, sondern man muss irgendwie versuchen mit einer kritischen Theorie oder mit einem Ansatz, der das als Gegebenes nimmt und guckt, wie eine Gesellschaft damit umgehen kann, die mögliche Öffentlichkeit, die das Internet bieten kann, zu konstituieren. Und zwar so, wie wir das haben wollen, und eben auch gerade die Möglichkeiten zu nutzen, Private an die Gesetze zu binden. Und zu sagen: Wir als Gesellschaft wollen eben, dass ihr Persönlichkeitsrechte sichert. Wir wollen, dass die Menschen auch im Internet Rechte haben: Ein Widerspruchsrecht gibt's datenschutzrechtlich, das ist überhaupt keine Frage. Wenn ich nicht möchte, dass meine Daten verwendet werden, habe ich Löschungsansprüche. Aber es ist wichtig, dass wir diese auch durchsetzen können gegen diese Firmen. Und dafür ist jetzt gerade die Debatte über die europäische Datenschutzrechtgrundverordnung wichtig, dass wir klarmachen können: In Europa gelten unsere Regeln, und da haben sich alle dran zu halten, selbst die NSA.

Diskussion:

Eva Senghaas-Knobloch: Mich würde interessieren, was sind denn typische Anfragen? Wo ist der Konflikt, den Sie sehen, wo andere sagen: Jetzt bitteschön, wir haben ja hier diese Datenschutzbeauftragte.

Imke Sommer: Also man kann schon sagen, dass ein sehr großer Teil von Anfragen – wir haben ungefähr 600 pro Jahr – sich mit Videoüberwachung befasst. Das ist also gar nicht das Internet. Wir bekommen schon viele Anfragen zum Internet, da geht es auch ganz viel um Löschungsansprüche, zurückzuweisen, einfach genannt zu werden auf Websites, die Datenschutzrechte, die wir alle haben, durchzusetzen. Aber ganz stark ist dieses Gefühl des Beobachtetseins, da habe ich jetzt noch gar nicht viel darüber gesprochen, weil das nicht so angelegt war durch Ihr Thema. Aber ich glaube, das ist ein ganz starker Bereich von Big Data, dass nämlich so viele Bilder produziert

»Die meisten Anfragen befassen sich mit Videoüberwachung«

und gespeichert werden, dass es inzwischen überhaupt kein Mensch mehr schafft, diese ganzen Bilder anzusehen. Wo man eben anfängt, Algorithmen zu entwickeln, die die Bilder auswerten, wo dann Programme entwickelt werden, die abweichendes Verhalten erkennen sollen. Wo die letzte Konsequenz, die uns dann allen im Kopf ist, dass die Maschine erst mal erkennt, wo das abweichende Verhalten ist und dann, ohne dass ein Mensch dazwischen geschaltet ist, eben auch entscheidet: Was ist damit zu tun? Und in einem bestimmten Fall mittels einer Drohne dann irgendjemanden erschießt oder eine Bombe wirft oder so. Also das sind alles so Richtungen, wo die Menschen schon ein richtiges Gefühl haben. Sie haben das Gefühl, das ist zu viel. Sie merken alle, dass das ihr Verhalten verändert. Weil man – das können wir ja an uns selbst beobachten –, egal ob ich nun extra in der Nase bohre, wenn ich in der Nähe einer Videokamera bin, oder ob ich es extra nicht mache: Ich beziehe mich ja auf den Umstand dieses Überwacht-Werdens. Das heißt also, ein großer Teil meiner Gedanken hängt mit diesem Überwacht-Werden zusammen, und in der Zeit kann ich über nichts anderes nachdenken. Dieses Gespür dafür bei den Menschen bemerke ich viel.

Also da sind manchmal Sachen dabei, dass das in Wirklichkeit ein Vogelhaus vom Nachbarn war, das sah aber aus wie eine Kamera und so. Das haut manchmal in die falsche Richtung, aber meistens finden wir was. Und ganz viel Arbeitnehmerüberwachung ist dabei. Also gerade im Beschäftigten-Bereich gibt es ganz viele schlimme Fälle, da ist es ganz wichtig, dass wir jetzt auch vom Bremischen Verwaltungsgericht eine Entscheidung bekommen haben, dass wir wirklich unsere Leute, unsere Informanten, anonym halten dürfen. Die sind sogar in den Gerichtsakten geschwärzt. Das Gericht weiß auch nicht, wer das ist, weil natürlich sofort die Arbeitgeber um Akteneinsicht bitten und wissen wollen, wer das gewesen ist. Also diese *Whistleblower*-Geschichte, die wir jetzt an Herrn Snowden wieder sehen, spielt eine riesige Rolle. Das ist dieser Informationsfreiheitsaspekt. Wir müssen als Gesellschaft auch erfahren, was los ist. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Antonia Grunenberg: Mich hat beeindruckt, wie entspannt Sie das Thema angehen, ohne eine Perspektive zu haben auf eine sich immer mehr verengende Welt, die in einem Hypo-1984-Orwell endet. Vielmehr habe ich den Eindruck: Sie gehen davon aus – das frage ich jetzt –, dass es gesellschaftliches Leben gibt einer beliebigen Ansammlung von Individuen, was grundrechtgestützt ist, und darein schlüpfen jetzt sozusagen, oder wursteln sich, diese neuen technischen Möglichkeiten. Und Sie gehen davon aus – und das ist anders als in vielen Publikationen, die man so mitbekommt –, Sie gehen davon aus, nach wie vor, dass diese Gesellschaft sich sozusagen mit diesen neuen Möglichkeiten auseinandersetzt und nicht, dass sie schon von ihr ergriffen, manipuliert, mutiert etc. ist.

Imke Sommer: Ja, also es gab eine Generation, die ist aber jetzt eher so Richtung dreißig, die ist reingefallen mit den sozialen Netzwerken. Denen ist das wirklich passiert, in den Bewerbungsgesprächen, dass es ihnen entgegengehalten wurde und sie überrascht waren. Also diese Generation gab's, und das Netz lernt ja ganz schnell, weil sie sich alle untereinander alles erzählen. Jetzt haben wir eher ein Pubertätsphänomen. Und zwar ist das nichts Neues, das nutzt jetzt bloß eine andere Technik. Die Pubertierenden machen immer mal wieder, was sie nicht sollten, was sie vielleicht später bereuen werden, und sie machen es trotzdem und gerade deshalb.

Die Folgen dieser Trotzreaktionen sind jetzt längerfristig, weil natürlich sofort jeder Inhalt, das muss allen klar sein, sofort kopiert wird aus dem Internet, selbst wenn man den Inhalt ein paar Minuten später löscht. Da gibt es extra Dienste, die dieses Wiederherstellen von Inhalten zum Thema und zum Geschäftsmodell haben, also irgendwo kann man die Sachen dann wiederfinden. Aber die

»pubertäre« Grundkonstellation ist eine bekannte, da ist nur das Mittel ein anderes. Die meisten Jugendlichen gehen superklug mit ihren Inhalten um. Das Problem sind die Dienste-Anbieter – also nicht alle – die keine rechtmäßigen Anwendungen zur Verfügung stellen. Diesen Grundpessimismus, die Jugendlichen wüssten in der Regel nicht, was sie tun, den teile ich jedenfalls nicht, nachdem ich so viele Jugendliche zu diesem Thema getroffen habe. Und übrigens gehen die Jugendlichen alle von Facebook weg. Facebook vergreist. Die Zahl der unter 45-Jährigen bei Facebook sinkt rapide, die Zahl der über 45-Jährigen steigt, und insgesamt sinken die Zahlen. Das ist nicht mehr cool. Ist doch klar: Wenn die Eltern irgendwo sind, sind die Kinder da nicht mehr. Da gehen die dann weg. Die haben noch ihre Accounts und nutzen das auch, aber daneben nutzen sie ganz viele andere Sachen ...

Walter Wilkens: Aber Sie als Datenschutzbeauftragte: wie schätzen Sie die Einführung der Gesundheitskarte ein, also jetzt nicht nur technisch. Es sind nun viel mehr Daten erfasst. Da gibt es die Angst, dass Arbeitnehmerrechte gefährdet sind. Wie ist da ihre Einschätzung?

Imke Sommer: Das Interessante ist bei dieser Gesundheitskarte, dass die IT-Leute sagen: So eine datenschutzgerechte Struktur hatten wir bisher noch nicht. Weil die Idee ist, dass das nur funktioniert, wenn die eine und die andere, also die Karte der Ärztinnen und der Ärzte und die der Patientinnen und Patienten zusammenwirken. Nur dann können die Daten fließen. Das heißt, die Menschen können wirklich bestimmen – in der Theorie – wann geben sie die Daten, geben sie die Karte da hin. Das ist von der Struktur her etwas, was wir sonst gar nicht so hatten.

Das muss man auf der einen Seite sehen, und das andere ist natürlich, welche Daten eingebunden sind, und wie kann ich überprüfen, ob da wirklich nur das passiert, was passieren soll. Da sind wir wirklich bei den ganz normalen Problemen und müssen sehen, dass wir im Bereich der Gesundheitsdaten mit die sensibelsten Daten haben, die Menschen überhaupt haben. Und die eben wahnsinnig gefährlich sind. Wenn andere sie bekommen, kann das teuer werden, kann das ganz klar die Persönlichkeit besonders tangieren und insofern ist die Bewertung der Gesundheitskarte aus Datenschutzsicht sehr widersprüchlich. Aber interessant ist, dass wirklich mal eine Technologie entwickelt worden ist, die über alles hinausgeht, was wir bislang so an Karten gehabt haben.

Zu den Cookies. Wir haben jetzt eine europäische Richtlinie, eine Cookie-Richtlinie die genaue Vorgaben macht. Es gibt einen großen Streit, ob wir die mit unserem Telemediengesetz in Deutschland umgesetzt haben. Dann wäre nämlich völlig klar, dass diese ganzen Cookies nicht in Ordnung sind. Das ist zum Beispiel so eine Streitfrage mit Facebook, die behaupten, deutsches Recht sei für sie nicht anwendbar, nur irisches Recht. Und dann müsste man sagen, dann gilt – wenn die Iren dazu nichts haben – die Richtlinie direkt.

Und was ich noch nicht gesagt habe, was eher ein bisschen Verfassungstheorie ist: Wenn wir einerseits die Grundrechte haben, heißt das nicht, dass jeder Eingriff in ein Grundrecht rechtswidrig ist. Sondern es gibt zwei Möglichkeiten, nach denen

»... die müssten uns den Source-Code offenlegen«

Eingriffe, die in die Substanz dieses Grundrechts reingehen, dass die trotzdem in Ordnung sind. Nämlich entweder habe ich eingewilligt, aber da zählt nicht jede Einwilligung, sondern sie muss freiwillig, informiert usw. sein, oder ich habe eine gesetzliche Grundlage. Und diese Grundlage ist dann mehr und mehr europäisches Recht. Wenn wir eine europäische Datenschutzgrundverordnung haben, dann gilt sie unmittelbar in ganz Europa. Und wenn ich eine dieser beiden

Legitimationsgrundlagen – Einwilligung oder gesetzliche Grundlage – habe, dann darf ich in dieses Recht eingreifen.

Den Cookie von Facebook, den hat sich mein Kollege Thilo Weichert aus Schleswig-Holstein angeschaut. Und die konnten einfach aus dem, was Facebook selbst darüber gesagt hat, sehen, was die Grundfunktionen sind. Was aber noch fehlt, ist die genaue Offenlegung dieser Funktionen. Facebook behauptet, dass der Cookie auch die Funktion hat, dass es für uns komfortabler wird. Das heißt: wir werden wieder erkannt, wir müssen nicht jedes Mal alles neu eintippen. Das ist für uns auch netter, so im Internet unterwegs zu sein. Aber Facebook legt uns das nicht offen. Und das gibt Anlass zu der Vermutung, dass dieser Cookie noch mehr macht. Und es ist ein Cookie, der sich nicht nur auf die Mitglieder von Facebook setzt, sondern auf alle Menschen, die irgendwie auf eine Seite geraten ...

Zwischenfrage: Das lässt sich technisch gar nicht so einfach feststellen?

Imke Sommer: Nein, die müssten uns den Sourcecode offenlegen. Da gibt es sogar von der Innenministerkonferenz ein Gutachten, in dem auch moniert wird, dass die Datenschutzbehörden den Cookie nicht offengelegt bekommen. Da haben wir jetzt mal zurückgeschrieben und gesagt, wir freuen uns, wenn sie uns helfen und an Facebook schreiben und sagen, jetzt sollen die uns den Cookie endlich mal offenlegen.

Lothar Probst: Ihr Optimismus in allen Ehren, aber wie groß ist die Hoffnung, dass Sie mit ihren rechtlichen Instrumenten, die Sie skizziert haben, die da sind, die sich natürlich auch weiterentwickeln, wie weit diese mit der technologischen Entwicklung in dem Bereich schritthalten können? Also was ich glaube beobachten zu können, ist ein Auseinanderklaffen auf der einen Seite der rechtlichen Situation, auch des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, und auf der anderen Seite der technischen Eigendynamik, die in diesen Systemen steckt, so dass es so ein bisschen Hase-und-Igel-Spiel ist. Und es ist schon klar, welche Rolle der Datenschutz dann hat.

Imke Sommer: Also die Technikneutralität ist schon ein ganz wichtiges Postulat, was unsere Datenschutzgesetze auch beachten. Es geht um Grundsätze wie Freiwilligkeit von Einwilligungen, Informiertheit von Einwilligungen usw. Diese sind technikneutral zu formulieren. Insofern glaube ich schon, dass es einerseits gut ist, jetzt mal über eine Modernisierung nachzudenken, was aber nicht heißt, ohne eine Modernisierung kommen wir nicht weiter.

Es gibt ein Beispiel, das mich auch optimistisch stimmt (und bei Google sind wir jetzt mit der Zusammenführung von diesen ganzen Google-Diensten an einer ähnlichen Stelle): Das ist die Gesichtserkennung bei Facebook. Ich weiß nicht, ob Sie das mit verfolgt haben. Die hatten so eine Funktion, dass man bei Fotos andere Menschen, nicht nur sich selbst, zuordnen konnte mit deren Namen und dann wurden sie von diesem System immer wieder erkannt, ohne dass die Menschen, die da zugeordnet wurden, zustimmen konnten. Und diese Funktion hat Facebook abgeschaltet. Sie haben die gesamte biometrische Datenbank, die sie aufgebaut hatten, für ganz Europa gelöscht. Davon hat sich mein Hamburger Kollege auch überzeugt, soweit man das machen kann, aber es war sehr plausibel, dass sie sie gelöscht haben. Das hat als Vorgeschichte eine verwaltungsrechtliche Anordnung aus Hamburg, und ein Anhörungsverfahren in Bremen, in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und in allen möglichen anderen Ländern auch. Daraufhin haben sie die Gesichtserkennungsfunktion tatsächlich zurückgenommen. Ich glaube, Gesichtserkennung ist einfach so ein Hammer, weil das Recht am eigenen Bild gerade auch in unserer Kultur so verankert ist, dass

klar war, dass Facebook damit nicht durchkommen würde. Ich glaube, dass sie schon in der Defensive sind, wenn gegen so klare Rechtsprinzipien verstoßen wird.

Wir haben jetzt andererseits die Verhandlungen über dieses Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA. Da gehört der Datenschutz auch rein. Das haben wir Datenschützerinnen und Datenschützer auch früher schon mal gesagt. Vielleicht wird das jetzt besser gehört. Es wäre doch blöd, jetzt aufzugeben. Klar, es wäre noch toller, wenn wir noch mehr Leute wären, wenn wir auch noch tollere Mittel hätten. Nach dem Kommissionsentwurf für die europäische Datenschutzgrundverordnung sollen als Strafe, als Bußgeld, zwei Prozent vom europäischen Jahresumsatz als Höhe verhängt werden können. Das tut schon mehr weh. Also, es wäre schöner, wenn wir das alles hätten, aber ich glaube, wichtig ist auch, dass viele Leute Datenschutz als wichtiges Thema ansehen. Ich rede immer mit Menschen, die irgendwie was mit Datenschutz zu tun haben, oder die den eben ganz doof finden, mit denen rede ich natürlich auch – aber jedenfalls mit welchen, für die das ein Thema ist, egal ob positiv oder negativ. Und insofern bin ich gar nicht so pessimistisch, dass sich in dieser Debatte nichts bewegen wird.

N. N.: Um da nochmal anzuschließen, das Stichwort mit Hase und Igel. Also ich bin auch optimistisch, was die Existenz und die Notwendigkeit des Datenschutzes angeht, aber pessimistisch, was den Abstand zwischen Hase und Igel angeht. Die Dynamik der technologischen Entwicklung

»An den Mensch-Maschine-Schnittstellen werden Unmengen an Daten anfallen«

explodiert einfach. Und die Anwendungsfälle, von denen wir jetzt reden, sind einfach nur die winzigen Gegebenheiten, wo wir die Ärmel hochkrepeln, um da hinterherzukommen. Aber die technologischen Entwicklungen, die schon absehbar sind am Horizont, sind viel weiterreichend, und das nimmt mit einem enormen Tempo zu. Ich denke da allein an die medizinischen technologischen Entwicklungen, die Mensch-Maschine-Schnittstellen, wo Unmengen an Daten anfallen werden. Das haben wir jetzt schon in der Prothetik. Wo dann Privatunternehmen medizinische Daten auf eine Art und Weise generieren und sammeln, wie jetzt mit der Gesundheitskarte überhaupt gar nicht vorstellbar ist. Das ist natürlich alles noch so ein bisschen Zukunftsmusik, aber die technologische Entwicklung läuft einfach rasend schnell. Daten von Privatpersonen werden in exorbitantem Maße anfallen in der Zukunft, mehr und mehr, und unsere einzige Hoffnung ist natürlich, dass wir aus zivilgesellschaftlicher Sicht so etwas haben wie eine Behörde, die unsere Rechte irgendwie versucht verzweifelt zu verteidigen. Wie auch immer das dann konkret aussehen wird. Also ganz unabhängig von der konkreten Struktur, rechtlichen Fundierung dieser Behörde.

Karol Sauerland: Aus polnischer Sicht merke ich, dass hier ein großes Demokratieverständnis vorhanden ist. Zu vielen Dingen, die Sie hier erzählt haben, würde man in Polen sagen: Das geht gar nicht, dem Staat wird nicht so getraut. So eine Behörde, wie Sie sind, würde auch schon wieder unter Misstrauen stehen. Und im Augenblick werden die Persönlichkeitsrechte vor allem von Leuten in Anspruch genommen, die in den 1980er-Jahren und vorher IMs waren. In Danzig haben wir gerade einen richtigen Mobbingfall, wo die Daten ganz eindeutig sind, aber sie dürfen nicht veröffentlicht werden, da spielt dieses 86 doch eine Rolle. Gauck unterstreicht ja immer, ohne das 86 hätte es keine Gauck-Behörde gegeben ...

Imke Sommer: Also einmal die Frage der Datenschutzbehörden. Sie haben gesagt, Sie glauben, dass so einer Behörde wie der meinen – und die gibt es ja in Polen – nicht mit so einem großen Vertrauen begegnet wird. Nach der europäischen Datenschutzrichtlinie, die wir jetzt schon haben, müssen aber

natürlich auch die polnischen Datenschutzbehörden unabhängig vom Staat sein. Das ist die Voraussetzung dieser Behörde, dass sie nicht durch den Staat dominiert ist, und zwar sowohl in Bezug auf den öffentlichen Bereich, also in Bezug auf die Verwaltung, als auch in Bezug auf die Kontrolle der Unternehmen. Insofern, soweit ich weiß (Herr Schaar berichtet schon viel von seinem polnischen Kollegen), gibt es da dieses Selbstbewusstsein ganz stark. Jetzt habe ich leider seinen Namen nicht, aber er wird in der Community der Datenschutzbeauftragten ganz stark wahrgenommen. Aber es ist natürlich schade, wenn dann die Sicht aus dem Land selbst eine andere ist.

Dieses mit den unterschiedlichen Wahrnehmungen und Ihren unterschiedlichen Suchergebnissen finde ich hochspannend. Das ist ja genau, was ich eben gemeint habe. Wir kriegen diese Ergebnisse, weil der Algorithmus, weil diese Maschine eine bestimmte Prognose für unser Verhalten ausgerechnet hat. Und es ist offensichtlich, die Region, in der man eine Anfrage stellt, spielt eine ganz wichtige Rolle. Das merkt man auch, wenn man die ganzen Antworten sieht.

Und was sind denn das für Annahmen, die in diesen Algorithmen drinstehen? Wir haben in der letzten Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes eine wunderbare Befugnis bekommen, diese Scoring-Werte – das ist so eine Verhaltensprognose – für die Überprüfung der Frage »Wie wird unsere Zahlungsfähigkeit sein?« nachprüfen zu können. Unser Problem ist bloß: Wir haben kein Geld. Aber diese Überprüfung muss gemacht werden von ganz tollen Informatikerinnen und Informatikern, die etwas anfangen können mit dem, was ihnen von diesen Firmen gegeben wird. Die sagen: unsere Verhaltensprognose fußt eben auf – und genau diese komplexen Algorithmen dürften wir überprüfen, aber das können wir nicht. Das führt natürlich auch wieder zu der Frage ...

Lothar Probst: Wie handlungsfähig sind wir eigentlich?

Imke Sommer: Genau, also: wie stark sind unsere Möglichkeiten da? Es gibt eine Suchmaschine, mit der – ich mache mal Werbung – mit der Ihnen das Tracken nicht passieren würde. Das ist Ixquick. Also wenn Sie über Google suchen, oder bei Yahoo oder so, ist das völlig klar: Die setzen diese Cookies und wollen uns das alles nur abnehmen, dass wir selber zu viele Ergebnisse haben. Stattdessen wollen sie es uns so komfortabel wie möglich machen. Es ist auch so, dass wir das zum Teil gerne annehmen und keine Lust haben, noch zehn Seiten weiterzugucken. Das beruht ja auf einem Bedürfnis, das wir offensichtlich haben. Aber es gibt eben diese eine Suchmaschine, die übrigens auch in Europa, nämlich in den Niederlanden sitzt, die das nicht macht.

Antonia Grunenberg: Es ist vorhin der Satz gefallen, dass dieses, was die einen als Medium bezeichnen, und die anderen als Welt, in der wir sind und nicht als Welt, die wir irgendwie funktionalisieren und gebrauchen. Dass das unsere Wahrnehmung verändert. Das ist ja ein Hammersatz, nicht wahr? Und dann denke ich an Artikel, die man so liest, wenn man altmodisch noch Zeitung liest, oder auch meinetwegen im Netz, wo es darum geht, dass dieses alte Verhältnis, was immer nahegelegt hat, dass das Internet ein Medium ist – und ein Medium setzt voraus, es gibt

»Können wir überhaupt noch mit einem Kontrollanspruch auftreten?«

ein Subjekt und es gibt das Medium, und dieses Subjekt benutzt dieses Medium – und diese Berichte über die neuen technologischen Entwicklungen gehen in eine Richtung, die das Ganze sozusagen umkehrt. Ich bringe mal dieses Beispiel mit der Brille: wir haben ja heute schon keine großen Computer mehr, sondern wir haben einen i-Pod oder so, und dann setzen wir eine Brille auf und

erkennen im Vorbeigehen an den Warenhäusern, was das und das kostet, und wo es das Sonderangebot gibt, und dann gibt es vielleicht noch eine Erinnerungsfunktion, wann wir wieder zum Arzt müssen, und das alles erscheint sehr viel weniger in dieser Subjekt-Medium-Relation. Und da setzt auch die Versuchung ein, sich in so eine kulturkritische Apokalypse-Bahn zu bewegen. Dass endet dann damit, dass das Subjekt vom Medium konstituiert wird. Aber mich würde trotzdem interessieren, ob Sie noch an der klassischen Bestimmung festhalten, dass diese technologische Revolution ein Medium ist, das die gesellschaftlichen Individuen benutzen, und dessen Ausuferung sozusagen beschränkt werden muss und kann. Oder ob es eine noch mehr volatile, zufälligere Eigendynamiken gehörende Welt ist, deren Beziehung zu uns sehr viel komplizierter ist, als wir uns das vorstellen, wenn wir sagen, wenn wir mit diesem Kontrollanspruch auftreten und sagen, wir müssen eine Grenze setzen, und dann müssen wir das rückgängig machen, und dann ist die Welt wieder normal.

Imke Sommer: Ich glaube, ich kann ganz gut einschätzen, was möglich ist und was nicht. Es ist schon überraschend, was dann doch möglich ist. Man kann sich das ganz materialistisch angucken: Da stehen überall Interessen dahinter, ganz starke Geschäftsinteressen. Und insofern bleibt die Frage mit der Herrschaftsfreiheit, die für einen Diskurs immer noch anzustreben ist. Das ist ja ein Parameter, da kann man sich dran abarbeiten und sagen: Wo kommen denn diese ganzen Herrschaftsformen an den Tag? Und das ist völlig klar: Das, was wir in unseren Suchergebnissen als unsere Wünsche formuliert sehen, das wird dadurch bestimmt, woran große Unternehmen Geld verdienen können. Das einzige was hilft, ist Medienkompetenz. Ich verstehe darunter gar nicht nur das Technische, dass die Menschen wissen, an welcher Stelle sie klicken müssen, um sich zu schützen. Sondern genau dieses kritische Umgehen, und das braucht man genauso für die Printmedien, mit allen Inhalten. Wie kommen die Inhalte zustande? Wem kann ich aus welchen Gründen nicht trauen? Also das ist dann wirklich sehr pessimistisch. Das merke ich immer, wenn ich mit meinen Kindern drüber spreche, dass ich da ganz viel entzaubere und immer sage: Der macht das aber nur, weil sowieso ... Und dann sind sie Kinder immer ganz traurig. Aber trotzdem müssen wir sie darüber aufklären.

Es geht also um diese ganzen Vermachtungen, die von der ursprünglichen Euphorie über das Internet – »jetzt machen wir hier die Demokratie und jeder kann mitmachen« –, verdeckt waren. Jetzt ist die Euphorie längst überholt. Und wir kennen die Spaltung des Netzes bzw. den Begriff des Digital Divide, dass eben Menschen völlig abgehängt sind, und zwar auch welche, die das Internet nutzen und abgehängt sind, weil sie eben diese Strukturen nicht durchschauen können. Das ist ein Riesenproblem. Ich glaube, insofern ist es immer sehr abgeschichtet. Man muss sich angucken, was da gefährlich ist. Ich glaub, bei diesen Spielereien wie diesen Brillen, wird immer getestet und geguckt, wie die Leute darauf reagieren. Es gibt immer so Testballons. Auch Google Streetview war so ein Riesentestballon, um ein bisschen zu gucken, wie das Bewusstsein hierzulande so ist. Und man merkt, wenn die deutschen Vorgärten in der Kritik stehen, dann geht's aber los. Dann werde ich eingeladen von Leuten, zu denen ich vorher gar keinen Kontakt hatte im Zusammenhang mit dem Thema Datenschutz.

Bernd Robben: Was ich gerade gut fand: Es geht vielmehr um Medienkompetenz als nur um Medienkontrolle. Das finde ich ganz wichtig. Und ich finde auch, wie Sie eben den Medienbegriff skizziert haben, als sei das Medium so etwas wie ein Instrument, wie so ein Hammer, den wir von

»Es geht mehr um Medienkompetenz als um Medienkontrolle«

außen kontrollieren können. Also wenn wir das Medium Sprache nehmen, sieht das niemand so. Beim Medium Sprache ist völlig klar, dass wir auch in dem Medium leben, dass das Medium Sprache ein Teil von uns ist. Aber keiner wird irgendwie sagen, wir müssten nur die Kontrolle der Sprache machen. Und bei dem Computer-Medium ist das genauso. Da gibt es noch viele Unterschiede, aber es ist auch so: wir können uns dem nicht einfach gegenüberstellen. Die Vorstellung, wir seien sozusagen das »Außen«, das das Medium kontrollieren würde, funktioniert nicht.

Also es hat ja angefangen damit, das 1986 heute hoffnungslos obsolet geworden wäre – und damit habe ich nur gemeint, dass die Entwicklung seit der Auseinandersetzung um Volkszählung rasant weitergegangen ist, und nicht, dass sich das damals nicht gelohnt hätte. Da kann man eine Reihe von Dingen sagen: zum Beispiel das informationelle Selbstbestimmungsrecht, das wäre ohne diese Bewegung in der Zeit überhaupt nicht entstanden. Von daher heißt das natürlich nicht, wenn ich sage, das sei obsolet geworden, das sei unwichtig geworden. Andererseits geht es mir da ähnlich wie Ihnen: Für mich ist das ein Moment von Hoffnung, das so zu sehen. Nicht, wie wir das jetzt umgekehrt gesehen haben, eine »wir sind wieder hart und denken lieber hinterher«, dass das Bild mit dem Hase und dem Igel ein ganz falsches ist.

Karol Sauerland: Das sind zwei Igel. [Lachen]

Bernd Robben: Ja klar. Aber wenn wir in dem Bild denken, dann können wir nur verlieren. Also ich würde erst mal nur dafür plädieren, das Bild wegzulassen, und dann eröffnet einem das auch Möglichkeiten ... und Medienkompetenz sozusagen einzuüben. Für mich, nur als ein Beispiel, heißt das: Studierenden zu sagen, dass sie mal nachschauen wie eigentlich die Algorithmen bei Google aussehen. Wir vergeben danach auch Bachelorarbeiten und sowas, und ich glaube, dass das genauso viel bringt... als ein Teil. Aber nicht dass Sie mich jetzt missverstehen, man müsste nur die Studenten beauftragen und dann würde die Demokratie funktionieren.

Winfried Thaa: Ich glaube der Vergleich mit der Sprache hinkt doch sehr, weil man bei der Sprache unterstellen kann, dass kompetente Sprachteilnehmer in der Lage sind, sich annäherungsweise unter gleichen zu unterhalten. Also das Medium hat da, glaube ich, eine andere Funktion als in dem Fall. Da haben Sie nicht die fünf, sechs großen Akteure, die bestimmen, was in diesem Medium läuft, und oft ohne Wissen der anderen Teilnehmenden. Man kann auch sagen: Ja, aber es gibt auch Manipulation im normalsprachlichen Umgang. Aber das hat eine andere Qualität. Die Art der Verselbständigung, die wir jetzt bei dem Medium haben, würde ich bei Sprache nicht sehen. Aber jedenfalls es wäre Zeit für jeden Sprachteilnehmer, theoretisch zumindest, da irgendwo einzuhaken.

Bernd Robben: Ich bin auf dem Dorf aufgewachsen. Sprache ist durchaus auch ein Herrschaftsinstrument. Und zum Medium selber: zu sagen dass das gleich wäre, ist Quatsch, und das habe ich auch nicht gewollt. Aber gleichsetzen auf der Ebene, dass wir in dem Medium leben, und wogegen ich mich auch wehre: es gebe sozusagen fünf, sechs Akteure, die in der Welt dieses Medium, das digitale Medium, machen. Das, glaube ich, ist in der Tat ein ganz falsches Bild. Das heißt nicht, dass es nicht Google und Facebook und einige große Konzerne gibt, die Macht haben. Aber das wäre ungefähr so als würde man sagen: die paar Konzerne, die machen die Wirtschaft, und Ökonomie müssen wir nicht mehr studieren.

Lothar Probst: Entschuldige, aber die Hoffnung auf Medienkompetenz hatten wir schon in den Siebzigerjahren beim Umgang mit verschiedenen Zeitungsmedien, mit der *Bild* etwa. Da sollte schon den Schülern beigebracht werden, wie sie mit Medienkompetenz richtig lesen. Jetzt geht es darum,

wie sie die neuen Medien richtig gebrauchen. Wie sie eine falsche von einer richtigen Quelle unterscheiden können. Ist das nicht ein Pferd, auf das wir setzen, was schon nicht wirklich mehr so richtig läuft?

Bernd Robben: Ich habe nicht gesagt, dass Medienkompetenz das Pferd ist, auf das wir setzen, und dann haben wir alle Probleme gelöst. Ich habe nur gesagt: Medienkompetenz, versuchen, daran zu denken, wie in der kompetenten Sprache auch kompetent mit den Medien umzugehen ist und nicht nur an Medienkontrolle zu denken. Ich würde das nie sagen, wir machen jetzt alle Kurse in Medienkompetenz, und dann hätten wir's geritzt. Das war nicht die Aussage.

Imke Sommer: Aber das mit der Medienkompetenz bezieht sich ja nicht nur auf das Internet. Man kann ja auch mal wieder Heinrich Bölls *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* lesen und genau diese Strukturen wiedererkennen. Dass Meinung gemacht wird, und wie das funktioniert. Und dann ist auch interessant, wie sich das gewandelt hat, und was da eine Software mit zu tun hat, die von ganz vielen zusammen gebaut wird. Das ist auch das Phänomen, dass diese Algorithmen so hochkomplex sind, dass gar nicht eine Person sie macht und sie so ausdenkt, sondern da ist ganz viel Sozialforschung dabei. Da ist immer die Frage, was trägt die dazu bei. Annahmen, die dazu führen wirklich zu glauben, man könnte das Verhalten prognostizieren. Das geht so weit zu sagen, dass dann die Algorithmen besser wissen als wir selbst, was wir tun werden. Das müssen wir erst einmal überprüfen. Ob wir wirklich den Algorithmen den Gefallen tun wollen, das zu tun, was sie glauben was wir tun.

Ole Schulz: Ich möchte verschiedene Bedenken anmelden. Und ich ertappe mich auch dabei, dass eine Befürchtung, die man gegenüber dieser Entwicklung oder sagen wir der Ausbreitung des Internets, der zunehmenden digitalen Personalisierung usw. anmeldet, mitunter schon den Zusatzbedarf, dass man nicht technikfeindlich sei, und dass man auch nicht im kulturpessimistischen Fahrwasser sich bewegt, und wir alle wissen, natürlich sind das Fluchtbewegungen etc. Aber ich möchte zwei Dinge aufgreifen. Das eine ist das Schlagwort Medienkompetenz. Also in dem Augenblick, wo man sich der Komplexität der modernen digitalen Medien nicht hingibt, oder sagen wir zumindest ansatzweise ein Experte dieser Geschichte wird, wird man mitunter zur selbst verschuldeten Unmündigkeit erklärt. Also zumindest sehe ich die Gefahr. Man kann sich damit doch

»Die Personalisierung im Netz könnte den Gemeinsinn aushöhlen«

auseinandersetzen, die Informationen sind da ... Ich glaube sehr wohl, dass es einen Unterschied gibt, ob man sich, sagen wir, hochgegriffen, mit dem politischen System der EU beschäftigt, mit dem Marxismus, dem Kapitalismus seiner selbst, oder mit einer hochkomplexen, technologisch ausdifferenzierten Maschinerie – deswegen hängt das sehr wohl zusammen mit der Sprache, weil ich zumindest in der eigenen Sprache in irgendeiner Art und Weise beheimatet bin, während ich, was das Internet angeht, zumindest auf Erfahrungen zweiter Hand angewiesen... Das zum einen.

Zum anderen: Wenn es tatsächlich zutrifft, dass unsere Wahrnehmungen und Erfahrungsweisen und Denkvollzüge durchformt werden durch den geschichtlichen Augenblick auf der einen Seite und auf der anderen Seite durch Medien, dann kann man auch davon ausgehen, dass wir die digitalen Medien nicht einfach benutzen wie einen Kugelschreiber. Was heißt das? Könnte es sein, dass die rasante Entwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, dass unser Erfahrungsvermögen, das über Jahrhunderte gereift ist, tatsächlich hinterher hängt? Dass wir augenblicklich noch Schwierigkeiten haben dem gerecht zu werden? Da würde genau meine Skepsis einsetzen.

Es muss darum gehen, so etwas wie ein demokratisches Grundverständnis zu bewahren. Und ich meine das nicht pessimistisch, sondern nur als Frage. Ich habe keine Ahnung, wohin diese Entwicklung uns bringt. Könnte es sein, dass diese Personalisierungen – ich wollte nämlich auf die Printmedien kommen... also es gibt jetzt so etwas wie eine digitale Personalisierung. Also wenn ich jetzt die FAZ in der Hand habe – und die erste Seite versorgt mich wahrscheinlich nicht mit meinem Eigeninteresse, sagen wir mal so mit einem hochkomplexen Artikel über die Situation Algeriens. Jetzt könnte mein Eigeninteresse doch anmelden: dem gebe ich mich nicht hin. Aber in irgendeiner Art und Weise hat diese Zeitung Aufklärungscharakter, indem sie es zumindest politisch postuliert. Jetzt könnte es doch so sein, dass die Personalisierung im Netz den Gemeinsinn aushöhlt. Also dass die Leute tatsächlich nur noch mit dem konfrontiert werden, was sie sowieso interessiert. Man lernt unter Umständen nicht mehr so recht dazu, weil man sich nur selbst begegnet in einer ganz neuen Dimension, und das anstatt so etwas wie ein Gemeinsinn, ein öffentlicher Raum, in dem plurale Perspektiven aufeinandertreffen, die Leuten wie in einer autopoietischen Kapsel nur noch mit sich selbst beschäftigt sind.

Nur als Beispiel, um das abzuschließen: Mein Bruder ist Lehrer in Berlin, und es ist kürzlich das schwarze Brett abgeschafft worden, also dieses sichtbare Brett, wo die Fehlzeiten usw. eingetragen werden. Und durch ein digitales schwarzes Brett ersetzt worden. Und da sollten dann die Lehrer mit Passwörtern usw. ihre Fehlzeiten eintragen. Und mein Bruder hat gefragt: wer hat Zugriff auf diese Daten? Die sind aus allen Wolken gefallen. Der Direktor meinte, so eine Frage hätte er noch nie gehört und nicht erwartet. Also so viel vielleicht auch zum Grundverständnis ...

Peter Rüdell: ... zur Medienkompetenz ...

[Lachen]

Ole Schulz: ... und dann kam die Antwort: Also a) natürlich alle Beteiligten an der Schule. Aber dann natürlich auch die Landesschulbehörde und ...

Imke Sommer: ...alle Beteiligten? Die Kinder auch? Die Eltern?

Ole Schulz: ... das sind so Dimensionen ... Ich würde tatsächlich sagen, dass ein demokratisches Grundverständnis voraussetzt, dass ich Interesse habe an anderen Perspektiven und anderen Ansichten. Und die Printmedien... oder draußen, wenn ich mich mit Leuten unterhalte, da kann ein demokratisches Grundverständnis gewährleistet werden. Wenn aber die Tendenz dahin geht, dass wir zunehmend uns in diesen digitalen Medien aufhalten, und mit dem versorgt werden, was wir ohnehin schon reingestopft haben, dann könnte das sehr wohl eher zu dem Gegenteil führen, nämlich dass wir das Zepter allmählich aus der Hand geben.

Peter Rüdell: Ich möchte noch eine andere Seite hinzufügen. Das Netz kann wahrscheinlich nur existieren, wenn es genau so funktioniert. Ich kann mich noch erinnern vor – was weiß ich – zehn, zwölf Jahren, als das so mehr mit dem Internet losging, aber wenn man irgendwie einen Suchbegriff eingab, doch diese tausend Seiten bekam, die man theoretisch auswerten... Ich hatte eine Praktikantin gehabt, abgeschlossene Politikwissenschaftlerin, die sollte mal eine Idee entwickeln zur Zukunft der Arbeit. Die habe ich rangesetzt, habe ihr gesagt: hier, du hast Netz, fang an ... Das ist natürlich völlig gescheitert, weil die bei dieser Vielfalt überhaupt keine Idee, kein Kriterium mehr gehabt hat. Und vielleicht kann das Netz in seiner Vielfalt auch nur mit den Googles funktionieren,

sonst hätte es eigentlich gar keinen Gebrauchswert. Und ich teile die Gedanken um die Gefahren, die du darin siehst, Ole.

Der andere Aspekt, den ich zu bedenken gebe, da bin ich über die Gesundheitskarte drauf gekommen. Beim Netz assoziiert man ganz viel mit Transparenz. Alles ist da, und gegenwärtig. Gesundheit und überhaupt Solidarsysteme funktionieren nur aufgrund dessen, dass sich potenziell viele von einer möglichen Gefahr am Unfall betroffen fühlen können. In dem Augenblick wo ich sagen kann: der ist krank geworden, weil er zu viel Kaffee trinkt, weil er raucht, weil er zu viel Sport macht, weil er zu wenig Sport macht, setzt ganz schnell eine Dynamik ein: Wieso soll ich für den bezahlen? Der ist doch selber schuld. Und diese Transparenz wird dann ganz problematisch im Grunde, weil sie solidaritätszerstörend ist. Das ist eine zweite Gefahr, die damit verbunden wird.

Imke Sommer: Ich habe, weil ich immer schon diese komische Rechtsphilosophie gemacht habe, meine erste Examenshausarbeit über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geschrieben, und das war die Schutzhelmentscheidung. In dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht gesagt: Es ist in Ordnung, dass es eine Schutzhelmpflicht gibt, auch für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer, weil es eben gefährlich ist. Und die fanden auch, dass das in ihr Gefühl von Freiheit

»Ich kann auf dem Vorwissen von anderen aufbauen«

eingreift. Und als ich das damals angeguckt habe, habe ich mit der Prognose geendet, es würde demnächst auch eine Fahrradhelmpflicht geben. Fand ich damals total absurd, gibt's jetzt schon für Kinder und wahrscheinlich auch demnächst für Erwachsene ... Aber es war natürlich da genau diese Fragestellung, aber eben völlig offline, völlig nicht-digital: Wie muss die Solidargemeinschaft damit umgehen, dass andere gefährliche Sachen machen? Das sind alles Fragestellungen, die letztlich nicht neu sind. Es ist sozusagen eine andere Art der Kommunikation, aber es liegt nicht an dieser Kommunikation, dass die Frage sich stellt, sondern die hat sich schon immer gestellt. Auch die Frage der Solidarität hatten wir da auch schon.

Lena Simon: Ich wollte nochmal den optimistischen oder sachlichen Umgang stärken. Weil ich finde, dass wir nicht irgendwie alleine vier großen Unternehmen gegenüberstehen und sechzehn Datenschützer uns verteidigen müssen, sondern es gibt auch aus der Zivilgesellschaft ganz viele Bewegungen. Wenn man sich anguckt, was zum Beispiel Digitale Courage oder Chaos Computer Club und so fort, was die alle für Vorarbeiten geleistet haben, als von staatlicher Seite so etwas noch Dekaden hinterherhing. Wo auch die Kompetenz vorhanden ist, solche Codes durchzurechnen und auch alternative Programme zu entwickeln, und beim Browser die »Cookie-Abschalt-Funktion« zu installieren.

Es wird wirklich einfacher. Und man muss nicht den ganzen Umgang damit selber lernen. Ich muss auch, wenn ich jetzt irgendwie die *FAZ* lese oder die *Zeit*, dann weiß ich ja auch, wie ich das politisch einordnen muss, weil mir das vorher jemand gesagt hat, und nicht, weil ich zuerst zehn Jahre die *Zeit* gelesen habe, und habe das dann ausgewertet. Sondern weil ich da auf das Vorwissen von anderen aufbauen kann. Und ich denke, gerade bei technischen Neuerungen sind wir darauf angewiesen, klar. Da gibt es gerade in diesem Internet-affinen Bereich in der Zivilgesellschaft sehr viele Bewegungen, die sich sehr stark für Datenschutz und für Meinungsfreiheit und für ein unbeeinflusstes Bild usw. einsetzen. Und ich glaube, da braucht man gar nicht so traurig und pessimistisch und angstvoll zu sein. Das Internet bewirkt auch enorm viele tolle Sachen, und ermöglicht mir Meinungseinblicke oder Zeitungen zu lesen und mich mit Dingen zu befassen, wo ich früher keinen Zugriff drauf gehabt hätte.

Oliver Bruns: Also ich würde gerne zwischen unterschiedlichen Aspekten von Medien unterscheiden wollen. Es gibt ja einerseits Medien, die irgendwie dialogisch oder kommunikativ aufgebaut sind. Beim Telefongespräch also ist die Benutzung keine Datenerhebung oder so. Und andererseits gibt es eben Medien, die einfach nur ausstrahlend sind, und die im Grunde genommen nicht das Ziel haben, sofort irgendwie kriminell zu werden und uns irgendwie datenschutzmäßig zu überrennen, sondern die eigentlich das Ziel haben den Menschen, würde ich sagen, in einen programmierten automatischen Zusammenhang einzubinden. Etwa in einen Automatismus eines Computerspiels zum Beispiel, das ja auch über das Medium Internet läuft, in dem sich jeden Tag Millionen von Jugendlichen stundenlang aufhalten. Und dieser Automatismus, der immer einen kommerziellen Hintergrund hat, ist natürlich der Grund dafür, dass man da schon etwas pessimistischer sein kann. Denn diese Automtizität, die im Grunde genommen nur auf Konsum aus ist, bei der ist eigentlich klar, dass jemand sich in solchen Zusammenhängen aufhält. Und dafür dienen die schon erwähnten Filter. Dann stößt man nur noch auf die Dinge, die man vielleicht schon irgendwie mal gesucht hat, und dann möglichst schnell und möglichst automatisch auf Konsum eingestellt ist. Ich glaube, dagegen richtet sich die pessimistische Perspektive, die unter anderem vielleicht daraus resultiert, dass Leute, die eben stundenlang nur noch vor den Fernsehern hocken – ich hab gehört, dass die Zahlen da pro Bürger jetzt schon wieder von drei auf vier Stunden pro Tag gewachsen sind ...

Es ist so oder so relativ viel, und ich würde sagen, es ist so oder so der Effekt von dem, was zum Beispiel die Medienkompetenz erfordert, dass das eigentlich nicht dahin führt. Denn die Kompetenz kann man im Hinblick auf diese Automatismen überhaupt nicht einfordern. Also das würde bedeuten, wenn man dem gegenüber kompetent sein wollte, dass man wissen müsste, wie solche

»Der Automatismus hat immer einen kommerziellen Hintergrund«

Algorithmen funktionieren, ... oder diese Kompetenz würde auch voraussetzen, dass man sich diesen Formen von Medien irgendwie entziehen kann. Und jeder hat damit in irgendeiner Weise fast schon zu kämpfen. Und wenn man sich das auf der anderen Seite im Hinblick auch auf politische Aspekte überlegt – da wurde kurz zwischendurch mal gesagt: Der Demokratiegedanke in Zusammenhang mit dem Internet ist sofort überholt, und kann man ihn gleich vergessen. Dagegen würde ich sagen: es gibt ja auch Möglichkeiten, zum Beispiel zu einer einzelnen Thematik eine Meinung über das Internet im Grunde genommen innerhalb von wenigen Tagen sofort einzuholen. Da gibt es viele Petitionsplattformen, das ist wenigstens eine aktive Möglichkeit, demokratisch irgendwie sich zu engagieren. Also ich glaube schon, dass da ein gewisses Potential gegeben ist, und zwar aus dem Grund, wenn man in Nullkommanichts 100.000 Stimmen gegen irgendeine Sache zusammenbekommen kann, dann fragt es sich, warum man sich nicht gleich ein paar Stimmen mehr sucht und dann möglicherweise auch eine Entscheidung herbeiführt.

Eva Senghaas-Knobloch: Jetzt sind wir mehr zu politischen Fragen, ja Entscheidungen gekommen. Ich wollte nochmal anknüpfen bei Ole ... Wenn ich es richtig verstanden habe, hast du ja gesagt: der Sinn für politische Gemeinschaft – du hast gesagt Gemein Sinn – also der Sinn für politische Gemeinschaft ist in Gefahr, sagen wir es mal so. Und ich habe Frau Sommer so verstanden, dass sie gesagt hat: Es gibt diese Angebote, die uns ständig entgegenkommen, was man alles machen kann, und wenn man etwas weiß über die dahinter stehenden Interessen, kann man die Angebote entzaubern. Und das ist dann selbst schon ein Stück Medienkompetenz. Dem gegenüber gibt es eine skeptische Haltung: es gibt eine Tendenz zur Autonomisierung technischer Konstrukte. Da brauchen wir jetzt nicht auf die Drohnen weiter einzugehen, aber die würden einem sofort in den Sinn kommen. Das würde darauf

hindeuten, dass es Angebote gibt, die, gewissermaßen hinter unserem Rücken, notwendigerweise uns Sachen nahelegen. Also könnte man sich quasi nur, wenn man sich ganz rauszieht, dem entziehen. Da hilft auch nicht die Sprachmetapher, die Herr Robben uns nahegelegt hat. Aus der Sprache kann ich mich gar nicht zurückziehen. Dann bin ich ein Autist, oder ich bin sozusagen überhaupt nichts mehr in dieser Gemeinschaft. Aber noch können wir uns davon nicht völlig fernhalten, ob wir es wollen, ob es ratsam ist, ist die andere Frage.

Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die sich da anschließen. Also ich hatte zum Beispiel eine Petition in einem mir naheliegenden Bereich genutzt, weil ich mich da für einen zehn Mal ins Gefängnis gebrachten Kriegsdienstverweigerer eingesetzt hatte. Was war der Effekt? Nicht nur viele Angebote – da konntest du auch noch das, das und das unterschreiben – stopp, ich mache nichts mehr an der Sache. Da habe ich bemerkt, das ist zwar eine ganz schöne Sache, aber trotzdem stimmt daran irgendetwas nicht. Das könnten wir nochmal erörtern.

Der andere Punkt ist das Thema der Wissensgenerierung. In der Tat bewegen wir uns durch die Digitalisierung in völlig anderen Dimensionen, was man alles wissen, können, müssen, wollen sollte. Und da steckt dann dieses Problem drin, dass wir – sagen wir mal so im Gesundheitsbereich, im, ja, Schwangerschaftsbereich fällt mir da mal so ein – plötzlich in total neue moralische Dilemmata stürzen. Weil man weiß, es gibt so und so viel mehr Prozent Risikoschwangerschaften, legt man nahe: mach bitte das und das und das und das auch noch. Bis dahin, dass wir in Bremen jetzt, glücklicherweise auch, eine Initiative haben gegen diese Kaiserschnitte. Und dieses Thema der Wissensgenerierung – weil man ausgerechnet hat, wie bestimmte Zusammenhänge sind, was uns dann entgegengehalten wird. Das ist das Allgemeine, was nicht nur mit den neuen Möglichkeiten zusammenhängt, aber was darüber so potenziert uns überfällt. Ja, wie in einer Rasterfahndung. Also einfach feststellen: wenn es so ist, dann setz bitte den Helm auf, weil es hat sich rausgestellt, da kann man das und das sparen an Mitteln im Gemeinwesen, weil mehr Menschen weniger Unfälle machen. Das ist eine andere Frage als die der Entscheidung.

Walter Wilkens: Ordnungspolitisch, ist mir gerade eingefallen, das heißt auch positive, wirkliche, ja erweiternde Wissensmöglichkeiten usw. ... Mir ist gerade eingefallen, ich habe vor ein paar Stunden noch eine Taste gedrückt, dass man den Walfang in Island, glaube ich, dass man den verhindern könnte, das ist natürlich auch eine tolle Geschichte. Andererseits fragen wir uns nach dem Politischen. Sie haben gesagt: Klar, was dahintersteht ist das Gewinnstreben, dass zur Gewinnmaximierung die Cookies da installiert waren, das ist die eine Seite. Aber wer sagt mir, wenn ich jetzt in der Türkei, in China usw., dass sich dort ganz andere anhängen und wie wird dort das weiter genutzt. Denn da müssen wir weiter dran denken. Natürlich auch, was eben zur Sprache kam: die Vernetzung Mensch, Biologie, Maschine. Das wird sicher auch noch für die Zukunft eine große Geschichte. Wie weit kann ich dann durchleuchten. Und da denke ich sollten wir doch irgendwann mal demokratische Strukturen, klar, so denken wir ja auch, und sie haben es ja auch nochmal angedeutet, das ist eben halt, dass eben nicht so gedacht wird. Da müssen wir doch irgendwie in Richtung – ich sag mal ein Wort, vielleicht ist das dann falsch – Richtung Weltethos Gesetze oder Gedanken entwickeln, die dann auch international durchsetzbar gemacht werden müssen. Damit

»Die Vernetzung Mensch, Biologie, Maschine wird die große Geschichte«

würde ich enden, das sind so meine Gedanken: wie wird sich die Zukunft dann dort gestalten? Da ist eben viel möglich, ich denke eben halt von der Physik her, so wie wir, wir können ja auch nicht alles

erdenken. Das haben wir ja auch wieder lernen müssen, nicht? Die Wirklichkeit ist, was wir uns vorstellen können. Und was so erwähnt wird – ich denke, da muss man sich beschäftigen.

Antonia Grunenberg: Mir steht die ganze Zeit vor Augen der Text des »Kommunistischen Manifests«, wo es heißt »Ein Gespenst geht um in Europa ... Aber was die ja tatsächlich verhandeln, ist die Durchdringung der Gesellschaft – der bürgerlichen Gesellschaft – mit der Kapitalverwertung. Die keine Grenzen kennt, diese Durchdringung. Und die bis ins Innerste der Menschen, bis in ihre Bedürfniswelt, bis in ihre Säkularisierung, bis in ihre sozialen Beziehungen; Familie, Ehe dringt und alles wird ökonomisiert.

Ich habe dieses Erlebnis globaler Durchdringung auch mit dem Netz. Das ist das, was wir mit dem Netz erleben, nur mit dem Unterschied dass wir die Perspektive, die aus dem Kommunistischen Manifest entspringt: Wir lassen die ihre technologische Revolution machen, bis zu dem Punkt, wo wir abschöpfen können, und dann massakrieren wir und dann ernten wir. Diese Perspektive ist uns aus der Hand genommen, weil wir erfahren haben, was aus dieser Perspektive wurde ...

Wir haben jetzt in der Diskussion einerseits die Position der kritischen Konsumenten. Man muss sich da hinein begeben, das nutzen und denen ihre Grenzen weisen. Und andererseits diejenigen, die sagen: Nein, das tut was mit uns. Das ist nicht so, dass wir das in der Hand hätten, uns besser auszubilden damit wir urteilen und abwehren können. Als Beispiel das interessante der Zeit, die Zeit-Kategorie: Wie viel Zeit verbringe ich mit dem Vernichten von Informationen?

Ich erinnere mich, als Greenhorn in Amerika an das Pathos der globalen Demokratie – und das fand ich total beeindruckend. Damals ging es um die Verbindung von Sherpas und Missionen – wir verbinden Sherpas mit dem chinesischen Hochland –, dann können wir das alles unterwandern, und können aus ganz vielen Grassroot-Bewegungen, digitalen Grassroot-Bewegungen, können wir die globale Demokratie machen. Dieser Zahn ist uns gezogen.

Zweiter Aspekt: Das ist ein bisschen auch ein Medium gegen die Apokalypse. Ich glaube, man muss von vornherein annehmen, dass es eben nicht nur diesen Sog, dass deine Erfahrungen oder deine Wahrnehmung durch das Netz oder im Netz, oder du im Netz, geprägt wird, sondern dass offenbar auch verschiedene Erfahrungswelten aufeinander treffen. Wir sind nicht nur im Netz. Ich will damit nicht sagen, dass es »das andere Leben« gibt, aber ich sage, dass es unterschiedliche Erfahrungsdimensionen gibt, die dagegen sprechen, dass diese Spirale sich in Richtung Vernichtung von Erfahrungsmöglichkeit bewegt.

Aber da müsste man noch genauer bohren. Was geschieht da eigentlich an dieser Schnittstelle, wo die Möglichkeit der geborgten Erfahrung, die als Konsum auftritt, und derer, die wir machen müssen, einfach weil sie uns begegnet. Ein kleine Anekdote: Weil ich in der »Academic Community« bin, habe ich mich bei Facebook angemeldet und dann aber weiter nichts gemacht. Und eines Tages kriege ich von Facebook die Nachricht: Sie haben keine Freunde mehr. [Lachen] Und so bin ich auf diese Geschichte mit den unterschiedlichen Erfahrungswelten gekommen.

Imke Sommer: Mir ist ein anderes Buch wieder eingefallen, als ich Datenschutzbeauftragte geworden bin, um mich mit dem Internet nochmal ganz anders auseinander zu setzen: Marcuses *Der eindimensionale Mensch*. Ich habe gedacht, jetzt schau ich mal, wie kann man das nutzen, was er sich über das glückliche Bewusstsein, den Fernsehkonsum usw. für Gedanken gemacht hat? Und ich glaube in der Tat, dass es mit der Personalisierung im Internet anders geworden ist. Wir schauen

nicht mehr alle dasselbe und alle denselben Kanal sehen. Das war zu Marcuses Zeiten noch anders. Doch hat sich schon dieses Medium total verändert. Fernsehen muss man jetzt auch nicht mehr zu

»Wir haben noch viele Offline-Beschwerden«

einer bestimmten Zeit schauen. Es gibt Massen von Sendern, also hat sich das Einheitliche auch bei diesem Medium schon verringert. Und natürlich ist das im Internet noch stärker. Da reicht es schon, dass dieser „Gefällt mir“-Button drauf ist, dann hängt schon Facebook hinten dran. Also auch bei Menschen, die nicht Mitglieder sind, die eben nicht in dieser komischen Freunde-Logik inbegriffen sind. Zugleich ist es interessant, wie Kinder jetzt zum Beispiel mit diesem Begriff »Freundschaft« umgehen, wenn sie nach solchen Kategorien gehen.

Ich finde schon, dass es gewinnbringend ist, sich klar zu machen, dass es schon vorher Menschen gegeben hat, die genau sowas, diese Frage gestellt haben: nicht Determiniertheit sondern Konstituiertheit. Was bringt uns dahin, dass wir etwas als Gewissheit sehen? Wie bekommen wir es hin, dass wir unsere Gewissheiten hinterfragen? Diese Fragestellung stellt sich neu und anders. Aber je mehr wir darüber wissen, wie die versuchen, unsere Gewissheiten zu bestimmen, und wer mit welchen Interessen das tut, desto mehr können wir damit umgehen. Und das müssen wir eben allen, die da neu sind, auch versuchen irgendwie klarzumachen.

Und ich finde, dass es auch wichtig ist: Wir haben nicht nur Online-Beschwerden. Es gibt ganz viele Bereiche in der Offline-Welt, wo Menschen auch ganz schön gequält werden, was Informationen über sie selbst anbelangt. Ich weiß noch, dass wir uns alle damals sehr gefreut haben, dass – bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen war das wohl – die Wahlbeteiligung mal angestiegen war, oder war das Baden-Württemberg? Und dann konnte man sehen, dass die Piraten ganz viele Stimmen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern bekommen haben, aber die Linken haben Stimmen verloren. Und das sagt wahrscheinlich auch was über Menschen, die wählen gehen. Und dann eben auch die Frage: wer ist überhaupt Internet-affin, über wen reden wir überhaupt? Was für eine Art von Demokratie haben wir, wenn wir darüber reden? Und immer noch die Frage: wie gewinnen wir denn die anderen? Die sind immer noch ein ganz, ganz großer, sehr eingeschränkter Bestandteil der Gesellschaft, die eben auch ganz viele dieser Einschränkungen ihres Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung zu ertragen haben, und eben auch nicht immer bei uns auftauchen. Viel weniger als alle anderen. Und dieses Problem bleibt, und da hilft auch das Internet nichts, selbst wenn die Betroffenen vielleicht auch einen Internetzugang haben. Die werden wahrscheinlich keine Online-Petition unterzeichnen.

Pause

Zweiter Teil:

Lothar Probst: Also 1988 hab ich mir meinen ersten Computer gekauft, 1996 das erste Handy, 2006 das erste i-Phone. Aus der Perspektive eines Nerds bin ich trotzdem vollkommen antiquiert: Ich habe keinen Facebook-Account. Ich twittere nicht. Also alles das, was heute zur digitalen Existenz

dazugehört, mache ich nicht. Und trotzdem hinterlasse ich natürlich wie alle von uns, oder fast alle von uns, jeden Tag eine breite Datenspur im Internet, ohne dass ich irgendeine Kontrolle darüber hab. Und als ich mich jetzt vorbereitet habe auf die Diskussion und die Thematik, so wie sie hier in der Einladung angesprochen war, da habe ich gemerkt, dass ich mich in dieser Debatte eigentlich gar nicht richtig auskenne. Und dass ich erst mal ein bisschen Anschluss finden muss. Es war auch gar nicht so einfach, meine Gedanken zu sortieren und mich irgendwie dem Thema so anzunähern, dass ich mich auch verständlich machen kann. Ich habe mich deshalb entschieden, was ich sonst nicht immer mache, das aufzuschreiben. Also ich beglücke jetzt alle mit einer kleinen Ausführung, die ich mir im Vorfeld überlegt hatte.

Referat von Prof. Dr. Lothar Probst:

Die Verheißungen der digitalen Revolution

Es gibt keinen Zweifel, dass die digitale Kommunikation die Öffentlichkeitsstrukturen verändert hat und weiter verändern wird. Das heißt auch, dass Politik sich auf den neuen Aggregatzustand von Öffentlichkeit einstellen muss, wenngleich noch niemand so recht weiß, wie das Internet langfristig die Strukturen von Politik verändern wird. In den Sozial- und Kulturwissenschaften stehen wir immer noch am Anfang einer Debatte über die Folgen der digitalen Revolution. Dabei halten sich kulturkritische und optimistische Prognosen in etwa die Waage.

Ohne mich auf eine der beiden Seiten zu schlagen, möchte ich zunächst die Faszination, die von der digitalen Kommunikation auf Politik ausgeht, beschreiben. Politik über und mit Hilfe des Internets hält mehrere verheißungsvolle Versprechen bereit:

- Jeder und jede hat den gleichen Zugang zu Informationen und Wissen, unabhängig von seinem Status in der Gesellschaft.
- Das Internet ermöglicht flächendeckende und allumfassende Partizipation bzw. gleichberechtigte Teilnahme aller an politischen Entscheidungen.
- Politik wird in einem umfassenden und uneingeschränkten Sinne für alle transparent und demokratisch.
- Politik wird für alle unmittelbar – der Gegensatz zwischen Repräsentierten und Repräsentanten wird de facto aufgehoben.

Wollte man diese Versprechen zugespitzt auf einen etwas boshafte Nenner bringen, dann könnte man von der Verheißung einer »totalen Demokratie« sprechen.

Tatsächlich, so der oberflächliche Eindruck, scheint das Internet zum entscheidenden Medium der Organisation und Mobilisierung politischer Öffentlichkeiten geworden zu sein. Begriffe wie »Facebook-Revolutionen« legen sogar den Schluss nahe, dass revolutionäre Veränderungen heute im digitalen Modus stattfinden. Demonstrationen und Protestaktionen werden scheinbar mühelos in Windeseile über Twitter, Facebook und andere digitale Kanäle organisiert. Auf jeden Fall stärkt die digitale Vernetzung die Selbstorganisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft, wie es in einschlägigen Debatten heißt. Das treffe nicht nur auf Gesellschaften zu, in denen die öffentlichen Medien staatlich kontrolliert und zensiert werden, sondern auch auf Demokratien. Politische Flashmobs etwa werden heute online organisiert und gelten als Ausdrucksform der *virtual* bzw. *online community*. Diese Begrifflichkeit zeigt, dass sozialen Medien, eigentlich eine irreführende Wortschöpfung, dabei die

»Soziale Medien sind eine irreführende Wortschöpfung«

Fähigkeit zur Gemeinschaftsbildung zugesprochen wird wie auch der Begriff »Netzgemeinde« zeigt. Schließlich werden auch Wahlkampagnen, so die Prognosen, in Zukunft immer stärker von digitalen Medien bestimmt, während die klassischen Medien an Einfluss verlieren. Obamas Wahlkämpfe 2008 und 2012 gelten hier als beispielhaft. Die Produkte der klassischen von *gatekeepern* kontrollierten Massenmedien, so eine weitere Verheißung, würden durch das Netz entbündelt und ihre Macht nehme ab. Die Digitalisierung demokratisiere die Öffentlichkeit und öffne sie dem Input durch Millionen Amateure. Welche Plaudereien, Schnappschüsse, Wahrnehmungen die Schwelle ins Öffentliche überschreiten, das entscheide dank der Digitalisierung nicht mehr die journalistisch-politische Elite – das entscheide heute jeder. Der Druck, der Dinge in die Öffentlichkeit treibe, werde massiv demokratisiert. So gerate das Netz zum Todfeind aller Geheimnisse, planmäßiger Intransparenzen und Zensuren.

Ich habe mir diesen kleinen Streifzug durch die Verheißungen und erhofften Effekte der digitalen Revolution keinesfalls ausgedacht, sondern er ist den Zeugnissen und Selbstbeschreibungen der Netzgemeinde entlehnt. Vieles davon findet sich etwa in dem Buch *Post-Privacy – Prima leben ohne Privatsphäre* von Christian Heller. Diese Beispiele zeigen, dass der Glaube an die Verheißungen der digitalen Revolution weit über die Piratenpartei hinausgeht.

Die Verheißungen, die in der Netzgemeinde zirkulieren, haben längst auch Einzug in anspruchsvollere demokratiethoretische Konzepte gefunden. Vor allem Vertreter deliberativer Demokratiemodelle betonen die Anschlussfähigkeit von *Liquid Democracy* an ihr Modell, etwa wenn es heißt, dass eine »zentrale Gemeinsamkeit von *Liquid Democracy* und deliberativer Demokratiethorie die Annahme darstellt, durch Diskurs Ergebnisse hervorbringen zu können, die nicht-deliberativen Verfahren potentiell überlegen ... sind« (Buck 2012). Verfechter direktdemokratischer Verfahren und Demokratiemodelle sehen ebenfalls die Möglichkeit, mit Hilfe des Internets Volksabstimmungen per Knopfdruck durchzuführen. So sei jederzeit der »empirisch feststellbare« Wille des Volkes in einer Sachfrage abzurufen.

Ich möchte im Folgenden eine gewisse Skepsis gegenüber diesen Verheißungen anmelden und zunächst von Seiten der Empirie und dann von Seiten der Theorie einige Einwände formulieren.

Der Begriff von den Facebook-Revolutionen wurde vor allem im Zusammenhang mit dem arabischen Frühling von den Medien transportiert und von der Netzgemeinde dankbar aufgegriffen. Allerdings ist nicht nur der Plural in dieser Begriffsschöpfung falsch, da es sehr unterschiedliche Ursachen und Verläufe der Ereignisse in den Maghreb-Staaten gab, sondern auch die nahegelegte Erklärung, dass die Revolutionen gewissermaßen der Mobilisierung über das Internet zu verdanken seien. Von Ägypten ist durch Umfragen bekannt, dass etwa die Hälfte der Teilnehmer an den großen Protestaktionen durch direkte Gespräche mobilisiert wurde, während circa 28 Prozent angaben, über Facebook erreicht worden zu sein. Interessanterweise nutzte wiederum ein junger Blogger aus Ägypten das Internet um sich über den Begriff »Facebook-Revolution« zu beschweren. »Der Begriff mache ihn wütend. Die Revolution hat auf der Straße stattgefunden, nicht im virtuellen Raum. Sie hat 800 Menschen das Leben gekostet«, schreibt er. Und weiter: »Der Arabische Frühling hatte ganz reale politische und sozio-ökonomische Hintergründe, die zur Verzweiflung einer ganzen Generation führten. ›Tahir 2011‹ in Ägypten und die ›Jasminrevolution‹ in Tunesien waren nur möglich, weil die ägyptische und die tunesische Armee sich gegen die Despoten wandten.« Auch auf einer Konferenz im Februar letzten Jahres in Paris wurde vor allem von Aktivisten aus den arabischen Staaten der

Mythos von der Facebook-Revolution schnell dekonstruiert. In Tunesien z. B. sei nicht die Mobilisierung über Handys und Computer entscheidend gewesen, sondern die gewerkschaftlich organisierte Opposition, die in vielen Provinzstädten bereits im Jahr 2008 Streiks organisiert habe, sei der Auslöser und die tragende Kraft der Revolution gewesen. Des Weiteren habe die massive Repression des Regimes gegen die Proteste in den verschiedenen Landesteilen für die Ausbreitung der Opposition gesorgt, die zahlreiche Einzelgewerkschaften, Berufsverbände und Menschenrechtsorganisationen zusammenführte.

Bleiben wir bei den *Organizing*-Möglichkeiten der sozialen Medien. Flash-Mobs, zu denen auch in der Bundesrepublik seit einer Reihe von Jahren von politischen Aktivisten online mobilisiert wird, haben ihren ambivalenten Charakter, um es vorsichtig auszudrücken, spätestens seit dem Sexualmord an einem Mädchen in Emden offenbart, als über das Internet zu einem Flash-Mob (und hier zeigt sich, dass der Begriff tatsächlich seinem Namen gerecht wird) gegen einen Unschuldigen aufgerufen wurde, der beinahe Opfer einer Lynchjustiz geworden wäre. Beliebige viele andere Beispiele zeigen, wie der sogenannte *Shitstorm* genutzt werden kann, um auf der Basis von Vermutungen oder vager Informationen im Internet zur Hetzjagd zu blasen. Viele Online-Kampagnen steigern nicht selten die Erregungsamplitude einer Gesellschaft, die in kurzen Takten mit neuem Stoff versorgt wird, ohne dass dadurch politisch etwas bewegt wird. Nach den schlüpfrigen Andeutungen von Rainer Brüderle

»Das Problem ist die geringe Beteiligung«

gegenüber einer *Stern*-Journalistin löste die Twitter-Aktion »Aufschrei« mit 60.000 Tweets in wenigen Tagen einen Sturm der Entrüstung aus, der genauso schnell verschwand wie er entstanden war. Tatsächlich scheinen die sozialen Medien dafür prädestiniert zu sein, temporäre virtuelle Erregungsgemeinschaften zu mobilisieren, die zwar Dampf ablassen, aber genauso flüchtig sind wie das Medium, in dem sie sich bewegen. Christoph Kappes, einer der Netz-Gurus, brachte diesen Trend auf den Begriff als er sagte: »Das politische System muss damit umgehen lernen, dass im Publikum Schwingungen und Erregungen stark zunehmen.« Angesichts solcher Aussichten erinnert man sich an die in der politischen Theorie immer wieder geäußerte Furcht vor der Tyrannei der Mehrheit, die schon Tocqueville beschworen hat.

Interessante Einblicke über die Praxis der politischen Beteiligung via Internet bietet auch das Innenleben der Piratenpartei. Ein Student von mir hat in seiner Master-Arbeit je zwei Fallbeispiele aus den Landesverbänden bzw. Fraktionen der Piratenpartei in Berlin und NRW untersucht, in denen es um die Beteiligung der Parteibasis an der innerparteilichen politischen Willens- und Entscheidungsfindung ging. In allen vier Fallbeispielen ging es um Fragen, die innerhalb der Piratenpartei kontrovers diskutiert und als wichtig angesehen wurden. Alleine die komplizierten Mechanismen der innerparteilichen Willensbildung über die Software *Liquid Feedback* wären einen Vortrag wert, aber ich konzentriere mich hier auf das ernüchternde Ergebnis. Im Berliner Fall beteiligten sich in beiden Fallbeispielen knapp fünf Prozent der Mitglieder des Landesverbandes am Entscheidungsprozess, während es in Nordrhein-Westfalen sogar nur 0,6 Prozent bzw. 1,1 Prozent waren. In NRW hatten sich in beiden Fallbeispielen 70 von circa 6.100 Mitgliedern an dem Entscheidungsverfahren mit Hilfe von *Liquid Feedback* beteiligt. Da in dem Verfahren Mitglieder ihre Stimme delegieren können, kann man vermuten, dass an der letztendlichen Entscheidung in der Schlussabstimmung über zwei alternative Anträge nur relative wenige Personen beteiligt waren. Auf die geringe Beteiligung angesprochen, gab der Landesvorsitzende der Piratenpartei in NRW in dem mit ihm geführten Interview eine interessante Antwort, indem er sagte, dass den Debatten im

Internet der »soziale Charakter fehle« und sich die Parteimitglieder hin und wieder auch von Angesicht zu Angesicht gegenüber stehen müssten. Partizipation, so wörtlich, könne nicht nur digital stattfinden.

Ich will es bei diesen Beispielen belassen und mich zum Schluss auf einige theoretische Anmerkungen konzentrieren. Nimmt man den Buchtitel *Post-Privacy – Prima leben ohne Privatsphäre* ernst, dann spielt die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat keine Rolle mehr. Politik im Modus der digitalen Kommunikation heißt: Alles Private ist politisch, alles ist flüchtig, alles ist transparent! Wir haben es gewissermaßen mit einer zeitlichen Entgrenzung, Diffusion und Fragmentierung des Politischen zu tun, in dem die Öffentlichkeit mit Informationen, Desinformationen, Daten und subjektiven Befindlichkeiten geflutet wird. Dieses Modell des Politischen braucht weder Gatekeeper noch Vermittlungsinstanzen noch urteilende Reflexionen, sondern sie exekutiert das, was sie für Politik hält, in Echtzeit. Wo alles politisch ist, ist jedoch nichts mehr politisch. Es entsteht das Gegenteil von politischer Öffentlichkeit, weil diese die Fähigkeit zur Unterscheidung mit Hilfe politischer Urteilskraft voraussetzt. Nach Hannah Arendt ist verantwortliches Unterscheiden die erste Voraussetzung von politischer Urteilskraft. Im Gespräch mit ihrer Freundin Mary McCarthy sagte sie einmal: »Ich beginne immer alles, indem ich sage: A und B sind nicht dasselbe.« Dabei können dem Wort »Urteilen« nach Arendt zwei Bedeutungen zukommen: Das ordnende Subsumieren des Einzelnen und Partikularen unter das Allgemeine oder das maßstabslose Urteilen durch das Unterscheiden. Letzteres setzt die Fähigkeit voraus, sich in das Denken der anderen einzufühlen und im gemeinsamen politischen Handeln Maßstäbe für das Unterscheiden zu entwickeln.

Die Verheißungen der internetbasierten Politik beruhen dagegen auf der falschen Annahme, dass durch den Zugriff auf die allen zugänglichen Informationen, Daten und Wissensbestände, die im Internet zur Verfügung stehen, die Schwarmintelligenz zum ordnenden Urteilen in der Lage ist und daraus dann richtige Politik entsteht. Aus dem Kompilieren und Zusammentragen aller Informationen werden in diesem Politikverständnis »richtige« Lösungen für politische Probleme produziert. Hier wird der Glaube an die »Programmierbarkeit« von Politik deutlich – oder, um es anders

»Verantwortliches Unterscheiden als politische Urteilskraft«

auszudrücken, die Vorstellung vom Herstellen der Politik im Sinne einer Technik. Marina Weisband, ehemals Bundesvorstandsmitglied der Piratenpartei, wird die Aussage zugeschrieben, dass die Piratenpartei eigentlich »nicht bloß ein Programm, sondern ein (neues) Betriebssystem« für die Politik anzubieten habe. Diese Aussage legt die Assoziation nahe, dass Politik durch das richtige Betriebssystem neu konfiguriert und zum Laufen gebracht werden müsse. An diesem Programm können alle mitschreiben, die die Fähigkeit zur technischen Nutzung des Internets besitzen – also fast alle. Jeder, der mit dieser Technik umgehen kann, kann mitmachen und ist auf seine Weise ein Experte, der sein Wissen einbringen und zur Verfügung stellen kann. Dieser Ansatz unterstreicht noch einmal die Verheißung von der egalitären und unmittelbaren Partizipation über und durch das Internet. Die Spaltung der Gesellschaft in Repräsentierte und Repräsentanten, so die Hoffnung, wird verflüssigt, ja durch die Liquid Democracy letzten Endes sogar aufgehoben. Nach dieser Logik wird der gesamte politische Entscheidungsprozess demokratisiert und den Eliten entrissen.

Das Problem dieses Betriebssystems scheint mir zu sein, dass es keine Idee einer autonomen Sphäre des Politischen hat, die sich von einem auf Problemlösung spezialisierten Politikverständnis abgrenzt. Das digitale Betriebssystem ist als Hardware auf Sachentscheidung und Sachverwaltung programmiert, das dahinterliegende Demokratiemodell auf die Aufhebung der Spaltung in

Repräsentierte und Repräsentanten und der Etablierung einer egalitären Ad-hoc-Demokratie. Die wesentlichen Elemente des Politischen wie die unhintergehbaren Momente des Dissenses und Widerstreits, des Ereignisses und der Unterbrechung sowie das gemeinsame politische Handeln im öffentlichen Raum haben in diesem Politikmodell aber keinen Platz.

Diskussion:

N. N.: Es geht um den Ort des Politischen – ich fand das sehr hilfreich, erst einmal zu klären, wo man skeptisch mit ideologisch aufgeladenen Ideen bezüglich des Internets erst mal umgehen muss. Das sind ja quasi-religiöse Vorstellungen, was mit dem Internet möglich ist. Also diese Post-Privacy-Debatte ist hochgradig spekulativ-metaphysisch. Es wird nicht klar, was die normativen Grundlagen, die normativen Ziele sind. Und wenn man wirklich verstehen will, was möglich ist, mit dem Internet als Ort des Politischen – und das halte ich für eine Gegebenheit, das Internet ist da und wir werden uns politisch damit auseinandersetzen, auch als Werkzeug der Willensbildung und Entscheidung usw. –, ist es hilfreich erst mal skeptisch auf die verschiedenen, ideologisch aufgeladenen Begrifflichkeiten einzugehen. Sowohl was die extremen Pessimismen angeht, als auch was die quasi-religiösen Erlösungsvorstellungen angeht, dass endlich alles besser wird mit dem Internet. Insofern: vielen Dank für den Vortrag.

Claude Draude: Ich habe eine Verständnisfrage und eine Inhaltsfrage. Mir ist der Begriff der Programmierbarkeit oder Berechenbarkeit in Internetbewegungen überhaupt nicht klar geworden, also diese Verbindung, wie sich Leute im Netz mobilisieren, und der Berechenbarkeit. Also ich komme aus der Informatik, vielleicht verstehe ich da auch etwas anderes drunter. Das ist die Verständnisfrage. Und dann habe ich eine Frage dazu, wann für Sie das Private denn politisch ist. Sie haben so ein bisschen leicht abwertend von subjektiven Befindlichkeiten geredet, und da würde mich interessieren, wie sich das Verhältnis von subjektiver Befindlichkeit und Objekt und Diskursmacht. Sie haben ja diese Sexismusdebatte zum Beispiel angeführt. Kann man da wirklich von einer subjektiven Befindlichkeit reden, oder ist das nicht eine Gegenöffentlichkeit, die sich da präsentiert, die sonst einfach überhaupt nicht gehört wird? Und das würde ich nicht nur für feministische Debatten so sehen, sondern auch für migrantische Debatten. Also all das, was ich sonst auch im Feuilleton lese, oder auch nicht auf *Spiegel* lese oder so.

Winfried Thaa: Theoretisch könnte ich jetzt an dem, was von Lothar in der zweiten Hälfte ausgeführt wurde, anschließen und die These vertreten, dass das Problem mit dieser Form der Partizipation darin zu sehen ist, dass sie keine repräsentative Struktur haben, und zur politischen Meinungsbildung die Repräsentation von Alternativen dazugehört. Aber ich lasse das jetzt, ich erzähle vielleicht lieber eine Geschichte. Die Überschrift der Geschichte, die Problematik die du, finde ich, ganz gut dargestellt hast, lautet »Die Rettung der Blauen Lagune durch Facebook in Trier«. [Lachen]

So wurde da eine Aral-Tankstelle bezeichnet. Um Trier herum, um die Altstadt geht so ein Alleering, zweispurige Fahrbahn auf beiden Seiten und in der Mitte ein Grünstreifen, der aber noch vielfach durchbrochen ist. Der Stadtrat hat schon lange beschlossen, dass das verhindert werden soll, so ein durchgehender Grünstreifen. Das hat er nicht einfach so beschlossen, sondern da gab es Bürgerbeteiligung, längere Prozesse ... Und diese Aral-Tankstelle, die das noch unterbricht, die sollte – Pachtvertrag bis Ende 2012 ausgelaufen –, die sollte da dichtgemacht werden. Und dann gibt es in Trier mehrere Formen der Bürgerbeteiligung, eine davon auch im Internet der Bürgerhaushalt, der ist sogar relativ erfolgreich, immer so zwei bis drei Prozent Beteiligung, was sehr hoch ist. Da gab es eine Initiative, diese Entscheidung vom zuständigen Ausschuss rückgängig zu machen. Die hat 200 bis 300

Unterstützer gefunden, blieb also unter »ferner liefen«. Ein paar Wochen drauf, ich weiß den Wochentag nicht mehr, nachmittags zwischen vier und fünf, gab es eine Facebook-Initiative, die sich gegen das Auslaufen dieses Pachtvertrags ausgesprochen hat. Ein wichtiges Argument war: diese

»Subjektive Befindlichkeit und Diskursmacht«

Tankstelle – da hieß sie auf einmal »Blaue Lagune« – ist der einzige Ort in Trier, wo man 24 Stunden am Tag Alkoholika kaufen kann. Ohne diese Tankstelle wird Trier vollends zum Provinznest. Am selben Abend schon waren über 3000 Unterstützer, nach zwei Tagen waren es über 10.000 Unterstützer. Daraufhin sind mehrere Fraktionen im Stadtrat eingebrochen, interessanterweise Herr Jenke und die CDU, die dann auf einmal doch für die Verlängerung des Pachtvertrages waren und das auch so beschlossen haben. Die Anwohner waren dagegen hell empört, weil wegen des Alkoholkonsums rund um die Uhr es da immer Krach gab. Und jetzt kommt die eigentlich Pointe: Es gab Wochen danach eine Podiumsdiskussion, von der SPD veranstaltet, weil die Empörung unter den Anwohnern nicht nachließ. Der Bürgermeister selbst war dagegen, das rückgängig zu machen, aber er hat keine Mehrheit gehabt. Auf dieser Podiumsdiskussion ist dann ein Typ aufgetreten, Anfang 30, hat sich als CDU-Mitglied vorgestellt, aber in dem Fall politisch gar nicht interessiert, auch nicht in Trier wohnhaft; sondern in Bitburg in der Eifel. Jungunternehmer, und zwar hat er ein Unternehmen; mit dem er den Internet-Auftritt von Firmen macht. Er sagt, er hätte einfach nur einmal ausprobieren wollen, was man mit Facebook so machen kann, und hätte es das ins Netz gestellt. Und so ging die Sache ab, mit politischen Konsequenzen.

Hier also die Skepsis, aber gleichzeitig auch die Möglichkeiten von diesem Medium. Und insgesamt diese, ich würde schon sagen, diese hohe Ambivalenz, in dem Verhältnis auch noch im Bezug auf die Repräsentanten, die eigentlich schon etwas entschieden hatten, und die aufgrund von so einer Aktion dann da wieder zurückgegangen sind.

Bernd Robben: Also bei mir ist das Referat nicht ganz so positiv angekommen. Mir ist es ein bisschen so gegangen, dass man sozusagen die Magna Charta des Erklärens des Internet nochmal widerlegt und lächerlich macht. Das, finde ich, ist in einer bestimmten Phase so gelaufen. Und ich fand, dass die Art der Argumentation mir gerade nicht klar gemacht hat, was in den arabischen Staaten passiert, und was mit dem arabischen Frühling passiert ist – wie das Verhältnis von Online Medien und Medien eigentlich war, und dass sie selbst gedreht haben. Da finde ich gerade die Frage darüber wichtig: Was machen diese Medien eigentlich neu, was machen die anders? Dafür wird die Fragestellung nicht geöffnet. Dieses Beispiel, das Sie Herr Thaa mit der »Blauen Lagune« gerade gebracht haben, macht die Ambivalenz sofort klar. Da fängt man an zu diskutieren. Man merkt einerseits, es ist wirksam, und man merkt andererseits, das funktioniert nicht immer so, wie man sich das vorstellt. Wie geht man mit dieser neuen Situation, die man hat, eigentlich um? Und das finde ich schon, dass es beim arabischen Frühling eine neue Situation war. Auch bei einem anderen Beispiel, bei der Wahl von Obama, war es eine neue Situation. Dass er so gewählt worden ist, da hat das eine Rolle gespielt. Und da geht es eher darum, finde ich, zu erklären, was alles neu passiert, als das eine gegen das andere auszuspielen. Weil das macht gerade, finde ich, den Denkraum kaputt, und die Frage, die wirklich im Hintergrund mitschwingt – wo bleibt eigentlich der Raum des autonomen Politischen dabei? Ich finde, wenn man das so gegeneinander stellt, da kann man diese Frage gerade gar nicht mehr beantworten, weil ja die Fragestellung immer ist, kann es das, die schaffen es da und da nicht – so what?

Lothar Probst: Man läuft ja immer Gefahr, wenn man ein bisschen pointiert formuliert, missverstanden zu werden. Mir ging es nicht darum, etwas lächerlich zu machen. So war mein Vortrag nicht gemeint. Ich hab gesagt, ich möchte Skepsis anmelden, und ich habe ein bisschen die Empirie bemüht, soweit sie mir zugänglich war, um zu zeigen, dass die Vereinnahmung bestimmter politischer Begriffe durch die Netzgemeinde – also »Facebook-Revolution« – dahinter steckt ein Konzept. Das ist nicht nur, dass man sagt, also das assoziiert: die Revolution hat Facebook irgendwie in Gang gesetzt oder exekutiert oder ist dadurch überhaupt erst ins Laufen gekommen. Das habe ich hinterfragt und versucht zu zeigen, dass vor Facebook eine ganze Menge in diesen Ländern passiert ist, an Organising, an der Basis, was mit Facebook erst einmal überhaupt nichts zu tun hat. Wo Formen der politischen Vergemeinschaftung stattgefunden haben, über Gewerkschaften, über Menschenrechtsgruppen, über Anwälte usw., die dann in einem Moment, wo ein bestimmtes Fenster sich geöffnet hat ... Da waren die sozialen Medien vielleicht ein Hilfsinstrument, um weitere Leute zu organisieren. Aber die ganze Prozesshaftigkeit, die vorher dort stattgefunden hat, wird durch diesen Begriff ja in keinsten Weise abgebildet, und insofern habe ich ein bisschen Begriffsdekonstruktion in dieser Hinsicht betrieben, aber wollte keinesfalls abschreiben, dass natürlich sowohl im Iran vor mehreren Jahren als auch jetzt in den arabischen Staaten durchaus die verschiedenen sozialen Netzwerke, in der Art und Weise wie sich Menschen verabreden haben, eine Rolle gespielt haben. Nur, wie gesagt, ich finde die Begrifflichkeit ist problematisch. Und bei Obama

»Es geht darum, das Neue zu erklären«

ist das Interessante, wenn man sich mal diese Kampagne anguckt, war das Internet auch wiederum in erster Linie ein Hilfsinstrument zum Organising. Und wichtig war eigentlich ... er hat das als Tool benutzt in seiner Kampagne... Ich hatte gerade eine amerikanische Kollegin, vor drei Tagen hat sie mir erzählt, wie sie jetzt in der letzten Kampagne über ein Büro dort online vernetzt worden war, damit sie von Haustür zu Haustür geht, um mit Leuten zu reden, und für Obama Reklame zu machen in gewisser Weise. Insofern: diese etwas komplexeren Zusammenhänge, in welcher Weise dieses Medium genutzt wird, die erschließen sich natürlich nicht, wenn man jetzt im ersten Moment hört: Obama hat den Wahlkampf aufgrund des Internets, oder mit Hilfe des Internets, gewonnen. Weil das, was dahinter noch passiert oder davor passiert, dadurch meines Erachtens nicht ausreichend deutlich wird.

Zu den subjektiven Befindlichkeiten: Natürlich habe ich gar nichts dagegen, wenn viele Gruppen, die bisher in der Gesellschaft nicht beachtet worden sind, das Netz nutzen, um ihr Anliegen deutlich zu machen, in die Öffentlichkeit gehen. Mir geht es auch bei dem Beispiel mit dem »Aufschrei«... Es ging mir gar nicht darum, ob es gut, falsch oder schlecht war. Mir ging es darum: was folgt daraus politisch? Es war ein Aufschrei, eine Woche gab es dann diese 60.000 Tweets, und dann war das Ding verschwunden. Ein Gespenst, ein Gespenst geht um und war ganz schnell wieder verschwunden. Das heißt, eigentlich ist daraus politisch nichts passiert, was nennenswert gewesen wäre, und da sehe ich eine gewisse Gefahr, dass das relativ häufig passiert. Solche Erregungsamplituden werden durch das Internet zusätzlich aufgeputscht. Dass wir ganz häufig in Situationen kommen, wo wer auch immer sich an eine Sache ranhängt, dann wird das drei Wochen lang in den Medien breit rezipiert, geht einmal durch's Internet, verschwindet wieder, und dann kommt die nächste Geschichte. Das heißt, es entsteht – ich mag dieses Wort nicht – keine Nachhaltigkeit in der politischen Vergemeinschaftung, aus dem ein politisches Handeln entstehen würde, was irgendetwas wirklich substantiell verändert. ... Nicht jedoch diese Hoffnung, dass über diese Sache sich jetzt politische Öffentlichkeiten konstituieren, die langfristig auch politisch dann etwas verändern.

Claude Draude: Entschuldigung, ich muss da mal kurz einhaken. Es stimmt natürlich, was Sie sagen, aber so eine Kampagne ist eingebettet in ein Netzwerk von Bloggern und Bloggerinnen, von jungen Frauen, die in politischen Parteien aktiv sind, und die sehr wohl solche Sachen versuchen in die Wirklichkeit zu tragen. Ich finde, das ist ein sehr verkürzter Begriff von Öffentlichkeit. Und es ist eben nicht nur eine Woche, was da passiert. Also ich verstehe das schon, aber wo soll man denn sonst solche Inhalte bitteschön einbringen? Also in irgendwelchen Kolumnen irgendwelcher Zeitungen passiert es ja eben nicht, also was soll man machen? Mir ist es schon bewusst, was da auch passiert, ich mache das lange genug. Aber das funktioniert halt in einem Diskursfeld, und das ist keine isolierte Sache. Das ist vielleicht die Spitze, die Sie dann auch mitbekommen, oder die Netzöffentlichkeit mit einem weiteren Rahmen von Leuten, die politisch agieren, die es in Parteien hinein tragen, die es an ihre Arbeitsplätze hinein tragen, und das ist auch politisches Handeln. Punkt.

Es sind natürlich immer politische Kämpfe, aber wenn wir hier über das Netz als politischen Ort reden, dann gibt es genau solche Kämpfe, die dort passieren. Und den Grimme-Online-Award haben sie immerhin auch gewonnen, und... Entschuldigung, das ist so emotional besetzt für mich... Aber es ist nicht nur eine deutsche Kampagne, die gibt es auch in den USA, das ist einfach ein Netzwerk, das sich um die Welt spannt. Also ich wehre mich ein bisschen dagegen, dass immer nur als so eine kleine Sache zu sehen. Solche Bewegungen. Ich nehme »Aufschrei« auch nur stellvertretend für andere.

Lothar Probst: Vielleicht bleibt ein gewisser Dissens einfach in der Wahrnehmung, in der Wertung. Ich sehe da durchaus auch eine positive Seite und hab das damals durchaus interessant gefunden, was sich da innerhalb kürzester Zeit entwickelt hat. Ich bin nur ein bisschen skeptisch, was die Möglichkeiten für unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft betrifft, diese Erregungsamplituden mit Hilfe des Netzes dann auch immer wieder anzufüttern. Ich glaube, da ist ein Gewöhnungseffekt drin, der auch ein Stück entpolitisiert wirken kann. Aber das ist eine Bewertungsart.

Zu der Programmierbarkeit vielleicht noch ganz kurz: ich hatte versucht, das mit dem Bild des Betriebssystems deutlich zu machen, was Marina Weisband gesagt hat. Also eigentlich haben wir gar kein Programm, sondern wir bieten ein neues Betriebssystem für die Politik. Und der Begriff Betriebssystem ist ja sehr aufschlussreich in dem Zusammenhang, weil er einen Eindruck von Programmierbarkeit der Politik vermittelt. Und ich glaube, auch in den Foren, wo ich mich umgeschaut habe, ich hatte jetzt gerade wieder einen von den Piraten in mein Seminar eingeladen zur Bundestagswahl, der ein bisschen über ihr Konzept geredet hat. Und was ich da heraushöre, ist die für mich illusionäre Vorstellung: Jeder hat Zugang zu den gleichen Informationen.

Das wird den Eliten entrissen, es hat also einen starken demokratisierenden Effekt, indem jeder in der Lage ist, Informationen, die bereit gestellt werden, zu nutzen, zu bewerten, das miteinander zu vernetzen. Und daraus machen dann Leute, auch durch das Delegationsverfahren, machen daraus richtige Politik. Machen einen lösungsspezifischen Vorschlag für einen Policy-Bereich. Das ist aber für mich nicht das Politische. Darum habe ich ja versucht, am Ende diesen Unterschied zu machen zwischen einer programmierbaren Politik, die sich darauf spezialisiert, Probleme zu lösen. Das ist problemorientiertes politisches Handeln. Und dem Politischen, das einen anderen Raum des Miteinanders von Menschen eröffnet, wo es um andere Dinge geht als um das Lösen von Problemen. Das ist die Differenz, die ich versucht habe ein bisschen anzureißen.

Peter Rüdell: Ich kenne das auch, ich kenne auch diese Obama-Untersuchung. Wir hatten übrigens auch den Vorsitzenden von den Piraten hier, der auch dabei war. Der erzählte dann, was da passiert ist: klassisch »Face-to-Face«. Die Leute sind »Face-to-Face« gewonnen worden, was du im Grunde

auch gesagt hast. Die Organisation dieser vielen gewonnenen Leute, die sie so schlagkräftig gemacht hat, das ist ganz viel übers Netz gelaufen, nachher. Die Kairo-Geschichte kenne ich auch. Doug Saunders hat das Kapitel geschrieben, den wir als Laudator des Hannah-Arendt-Preises letztes Jahr hatten. Ein Stadtteil in Kairo, der von der zentralen Infrastruktur Kairos abgeschnitten ist – mit Netz hatten die gar nichts am Hut gehabt –, da sind die Leute durch die Straßen, da gab es diese Handzettel noch, und der Demonstrationsstrom, der sich da gebildet hat, ist der, der zu diesem abgesperrten Platz, dem Tahrir-Platz, damals durchgekommen ist. Und daraufhin, dieser Verbreitungseffekt, da ist in der Tat ganz viel nachher über das Netz gelaufen. Und was ich immer bei diesen Shitstorms finde: Solange die im Netz stattfinden, interessiert das nur wenige Betroffene. Bedeutung bekommen sie, wenn es eine Schnittstelle zu einer anderen Form von Öffentlichkeit bekommt. Also wenn zum Beispiel das Fernsehen, die Zeitungen, andere Medien sie aufgreifen. Dann bekommen sie eine Bedeutung. Ansonsten, wenn der Kaninchenzüchter-Verein da was macht und hier was XY, das interessiert nicht wirklich einen. Das können harte Auseinandersetzungen sein, aber die haben nicht den Charakter einer Öffentlichkeit. Letzte Woche hatten wir in der Böll-Stiftung unsere Bund-Länder-Konferenz. Da hatten wir abends ein Referat über Postfeminismus. Das war eine relativ junge Frau, die auch anhand dieser Brüderle-Debatte erzählt hat, es würde sich so etwas wie ein neuer Feminismus konstituieren. Und den gibt es nicht in der »Wirklichkeit«, den gibt es im Netz. Es gab die Sexismus-Debatte, eine ganz spannende Debatte, da passiert ganz viel. Und dann kam immer die Frage: Ja, kennt man da jemanden? Nein, das findet nur im Netz statt. Was ist es dann, wenn es nur im Netz stattfindet? Und das ist ja mein Thema: Es gibt offensichtlich verschiedene

»Jeder hat Zugang zu den gleichen Informationen?«

Öffentlichkeiten. Es gibt eine Netzöffentlichkeit, die 10 Prozent der Bevölkerung vielleicht umfasst, die da aktiv dran sind. Was ist mit dem Rest der Welt? Nicht, dass die nichts mit dem Netz zu tun haben. Natürlich bewegen die sich auch im Netz. Aber so eine Kommunikation, das ist ja nicht messbar. Das sind ein paar hundert Leute, die sich darin bewegen. Welche Bedeutung hat das denn? Das ist natürlich theoretisch wahrnehmbar von ganz vielen anderen noch, weil sie im Netz ist, weil alles öffentlich ist. Aber wie sind die Zugriffe darauf, bei diesen unendlichen Formen von Öffentlichkeit? Ich frage mich immer: Was passiert eigentlich, damit Verknüpfungen da passieren können?

Michael Ackermann: Ich möchte nochmal zurückgehen auf die Anfänge des Problems. Wir sind ja alle mal gestartet – jedenfalls die Älteren – mit Basisdemokratie. Und die Grüne Partei hat sich weitgehend davon verabschiedet, was da eigentlich passiert ist. Sie hat das in ihrer Geschichte nicht aufgearbeitet. Aber die frühen Kongresse waren natürlich halb demagogische, halb okkupatorische Veranstaltungen. Wo vieles, was wir als Basisdemokratie heute verstehen, als intolerabel empfinden. Wo du Mehrheiten herbeischaffst, die nicht strukturiert sind; wo du einfach aus einem Ort mehr Delegierte herbeischaffst als aus einem anderen, wo das Delegationsprinzip völlig über den Haufen geworfen wird ... Und du kommst in eine Struktur rein, wenn man sie jetzt geschichtlich betrachtet, ist das ein Vorläufer unseres Problems, über das wir jetzt wieder diskutieren. Wir haben immer mit dem Problem zu tun: wie lässt sich Mehrheitsmeinung, Meinungsbildung überhaupt in der Gesellschaft abbilden? Und die alte Vorstellung, die schon mit Brecht und dem Rundfunk anfängt, sendet man, oder empfängt man usw., die ist heute schon realisiert: man kann senden und empfangen. Und wir hatten mal eine Zeit, wo es nur eine Monostruktur gab. Es gab erst nur ein deutsches Fernsehen. Dann gab es ein zweites deutsches Fernsehen. Da lagen die Einschaltquoten bei 80 bis 90 Prozent beim Öffentlich-Rechtlichen. Das war aber ein Zentrum, und dieses Zentrum hat

Gesellschaft geprägt und damit natürlich auch Herrschaft ausgeübt. Ich würde sagen das stimmt, das ist richtig.

Und jetzt befinden wir uns in einer Phase, wo wir den umgekehrten Prozess haben. Wir haben auf allen Ebenen Erosion, ein Schwinden von zentraler Herrschaft, überhaupt von Herrschaft. Wir haben eine unglaubliche Diffusion der Öffentlichkeit. Wir haben ein ständiges Runtergehen von Wahlbeteiligung. Wir haben überall abnehmende Beteiligungsrate auf der Gesamtebene und Zunahme der Beteiligungsrate bei Spezifika. Du hast bestimmte Prozesse, und dann hast du hochgehende Sachen, die ad hoc entschieden, gemeint werden. Also unglaublich viel Meinung. Also so einen Meinungsüberschuss, wie wir ihn heute haben, hatten wir noch nie in dieser Gesellschaft ...

Das richtet sich jetzt nicht gegen das Netz oder gegen soziale Netzwerke, sondern wir müssen einfach nur das Problem verstehen, dass dahinter etwas anderes sich noch abspielt. Wie Gesellschaft sich überhaupt strukturiert und restrukturiert und ihren politischen Prozess ordnet. Wie sie Verantwortung herstellt. Das hängt da alles mit dran. Man kann etwa auch sagen: Okay, wenn man nicht mehr delegieren kann, oder wenn man mechanische Delegationsprozesse führt, hast du keine wirklichen Verantwortungsprozesse. Und einer der Gründe für die Diffundierung der politischen Öffentlichkeit geht auch wieder auf das Wechselverhältnis von Enttäuschung in der Bevölkerung, in einem großen Teil, Nichtwählerschaft, usw. zurück, die wird aber nicht substantiell in der momentanen Situation durch das andere gedeckt, durch eine Aufholbewegung durch das Netz. Das kann man so einfach nicht erkennen, das ist etwas, was Lothar meiner Meinung nach richtig angesprochen hat. Diese beiden Ebenen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollten aufeinander bezogen werden, aber man sollte sehen, dass das ein altes Problem ist, und dass das Problem noch nie mechanisch, also sozusagen von den Mitteln her, gelöst worden ist. Sondern dass immer dann entscheidende Situationen stattgefunden haben, eigentlich durch die Dimension wo sich das dann ballt, verdichtet und in politischen Anläufen oder so etwas übergeht. Es ist ja nicht umsonst so, dass man immer sagt, da war die 68er-Bewegung, und das gibt dann so einen Anlauf und dann fällt das auch wieder ab. Und die Frage ist eben: Kann sich das in einer neu strukturierten oder kombinierten Form, kann dieser ganze Zerstreungsprozess, kann der aufgehalten werden und wie? Und das ist, glaube ich, nicht ein Problem, wo wir uns wechselseitig sagen, wir sind jetzt Optimisten und wir sind Pessimisten oder so. Also meine Position ist nicht einfach nur kulturpessimistisch, es wird jetzt alles schlechter oder so, sondern ich möchte nur darauf hinweisen, dass das mindestens ein so altes Problem ist wie die Bundesrepublik Deutschland. Aber im Grunde genommen ein viel älteres Problem. Und jetzt befinden wir uns in einer Phase, wo wir mit bestimmten neuen Medien gucken müssen, wie wir dieses Problem wieder angehen. Im Moment sind wir nicht in einer Phase, wo man sagen könnte, dass wir zu einer besseren und konzentrierteren Meinungsbildung in der

»Kann der Zerstreungsprozess aufgehalten werden?«

Bundesrepublik kommen. Also das wäre lachhaft, wenn man das von den Piraten behaupten würde. Es geht nicht, das kannst du nicht behaupten. Du siehst ja, wie der Fokus hochgeht und dann wieder runter ... Wir haben jetzt überall diese Erscheinungen, dass wir für sechs Wochen oder acht Wochen oder drei Monate etwas wie der Teufel diskutieren, was dann im Orkus verschwindet, und irgendwann am Rande wieder auftaucht, aber nicht mehr die Meinungsvorherrschaft behaupten kann. Und das ist innerhalb einer solchen zerstreuten Öffentlichkeit normal, also es gilt, dafür niemanden zu beschimpfen. Sondern es gilt, das zur Kenntnis zu nehmen, dass wir uns erst mal in diesem Dilemma bewegen.

Claude Draude: Politische Öffentlichkeit selektiert und strukturiert. Die neuen Medien verändern etwas an der Wahrnehmung. Es findet eine starke Subjektivierung der Öffentlichkeit statt ...

Eva Senghaas-Knobloch: ... also ich fand das Stichwort Politische Verantwortung für mich jetzt sehr wichtig, und die Geschichte von Winfried Thaa, da gibt es gewählte Vertreter, die haben nach Anhörung sich zu einem Entschluss durchgerungen. Was bedeutet das, dass das dann so gekippt wird? Das finde ich jetzt auch politisch interessant. Was heißt das dann? Einknicken? Oder wie wollen wir das beurteilen? Ist es die Angst vor einer Intervention, die von außen angeschoben wird? Aber wir wissen jetzt nicht, wer alle diese 10.000 waren; ob die auch von außen kamen, oder das tatsächlich alles Trierer waren.

Winfried Thaa: Nein, ob das alles Trierer waren, weiß keiner. Warum die das gemacht haben, weiß man nicht.

Eva Senghaas-Knobloch: Aber das finde ich jetzt als Beispiel sehr wichtig. Weil eine thematische, zugespitzte Meinungsbildung, und da habe ich eben gehört, da sollte man nicht ein Medium gegen das andere ausspielen. Vielleicht mit dem Finger zeigen und sagen: Demnächst gibt es vielleicht nur noch Netz. Es ist ja nicht gesagt, dass die anderen, in denen ältere Leute sich vielleicht noch eher bewegen, überhaupt noch existieren. Also dann gibt es das. Deswegen finde ich Meinungsbildung o.k. Was bedeutet es aber für einen solchen Fall eigentlich? Und dafür würde ich gern noch einmal auf das Thema Politische Verantwortung zurückkommen. Wie würdet ihr das einschätzen? Gegenwärtig. Das eine ist die Meinungsbildung, und das andere ist eine politische Verantwortung für eine bestimmte Entscheidung. Was daraus folgen soll. Und auch die Folgen der Folgen noch einmal mit zu beachten.

Anna Hollendung: Ich würde definitiv kein Plädoyer dafür hier halten wollen, dass alle politischen Entscheidungen in irgendeine Internetprozesse gelegt werden sollten. Und es läge mir auch vollkommen fern, irgendeine Diskussionsforen im Internet gleichzusetzen mit Versammlungen, wo man sich trifft. Also irgendwie finde ich dieses Nebeneinanderstellen da nicht besonders naheliegend. Von daher stellt sich die Frage nach der Politischen Verantwortung eigentlich auf einer gar nicht veränderten Ebene, als wenn es das Internet gar nicht gäbe. Das ist eher eine Art Medium mehr, das es gibt, und eine Ergänzung zu dem, was es bereits gibt, wie Diskussionen ausgetragen werden können.

Karol Sauerland: Ich würde sagen, dass das Internet die Diskussion sehr oft verlängert. Zum Beispiel wird in Polen intensiv diskutiert der Film *Unsere Mütter, unsere Väter*, der auch in Polen ausgestrahlt wurde. Im Internet gibt es eine Diskussion, wo jemand sagt: Ich als Jude bin für den Film. Und der Vater unserer Frau Yfaat Weiss, die wir preisgekrönt haben, Herr Weiss, sagte: Ich bin Jude, und bin gegen den Film. Also durch das Internet entwickelt sich, zumindest jetzt für Polen, entwickelt sich eine Diskussion, die über drei, vier Wochen laufen wird. Viel länger wird's nicht ... Wie alle Diskussionen irgendwann mal wieder abbrechen. Das ist ja völlig normal. Aber die Wirkung, die Langzeit-Wirkung, und auch diese Ruhe – ich muss mir jetzt nicht alles unbedingt um zehn Uhr anschauen, sondern bekomme das auch noch später mit –, das ist eine Meinungsbildung, die da stattfindet. Natürlich, die Proteste, die laufen auf der Straße oder in Versammlungsräumen, je nachdem, das ist das eine. Und ich habe das Glück, zu verfolgen wie das deutsche Außenministerium

»Das Thema heißt: Politische Verantwortung«

von der Deutschen Botschaft die Nachrichten übermittelt bekommt. Die machen nur Printmedien. Im besten Fall noch irgendeine Fernsehsendung. Aber das, was sich in Polen im Internet abspielt, weil es sich in der Öffentlichkeit nicht abspielen kann, wird dort nicht wahrgenommen. Und damit wird ein Bild von Polen geschaffen für das Außenministerium – ich weiß nicht, ob das Außenministerium aus diesen Dingen irgendetwas lernt, also ob es überhaupt Pressemitteilungen liest, das kann auch möglich sein, dass es das gar nicht erst macht –, aber ich frage mich, wie ist das Außenministerium über die Situation in einem Nachbarland, einem großen Nachbarland, wirklich informiert? Ich schaue mir zwei Internetzeitungen an. Das heißt *Polityce*, also in der Politik, und das andere unabhängig. Die sind für deutsche Begriffe relativ rechts. Aber ich muss diese Dinge wahrnehmen. Und genauso wird das ...

Lothar Probst: Aber weiß ich dann, wie die Polen denken, wenn ich diese beiden Zeitungen im Internet lese, oder noch 20 andere Blogs mir angeguckt habe, oder noch 30 andere Quellen, weiß ich dann, wie die Polen denken?

Karol Sauerland: Wie die Polen denken, weißt du nicht. Aber ich weiß, was in Polen alles sich so wendet, dass nicht die *Gazeta Wyborcza* die einzigen Nachrichten, oder die *Rzeczpospolita*, dass es nicht nur zwei Zeitungen in Polen gibt. Und ich weiß, das sind auch Argumente, die dort geliefert werden, und neue Fakten und dergleichen mehr. Also ich kann mir ein besseres Bild machen. Ob ich mir das richtige Bild mache?

Ich möchte nur sagen: das Internet ist für uns absolut notwendig. Aber man soll es weder überschätzen noch unterschätzen. Beides gehört dazu. Und bestimmt werden durch das Internet keine Revolutionen gemacht, davon bin ich überzeugt, denn vorher muss ja einer...

Imke Sommer: Ich finde das total interessant, dass hier die Wogen hoch gehen, wo es um feministische Gedanken geht. Meine Vermutung ist, dass die Fragestellungen noch falsch sind. Weil ich glaube, das was Sie beschrieben haben, das ist das Consciousness-Raising. Da geht es darum, in einer Teilöffentlichkeit die Debatte zu führen. Dafür ist das Internet natürlich toll, weil es nicht voraussetzt, dass man im selben Raum ist, und noch nicht mal in derselben Zeit. Das ist auch eine Sache, die gerade im feministischen Zusammenhang nicht unterschätzt werden darf, dass ich auch warten kann, bis ich persönlich Zeit habe, weil ich meine Kinder weggebracht habe, dann kann ich mitmachen. Und das zeigt eben auch einen unglaublichen, wie ich finde, demokratischen Vorteil des Internet, dass nämlich Teilöffentlichkeiten sich finden können, die sich vorher nicht finden konnten. Das ist ein Potenzial, das man auf jeden Fall nutzen kann. Das, was da passiert ist, ist ja nicht anders als in der Print-Zeit »Ich habe abgetrieben«. Und die feministische Debatte ist gerade dadurch qualifiziert, dass sie subjektiv anfängt, also das Private ist politisch. Und dann geht es eben weiter. Es ist aber politisch, weil natürlich in jeder dieser Fragestellungen auch politische Fragen drin sind. Und insofern finde ich ist das ein sehr gutes Beispiel dafür, wo die Potentiale des Internets liegen.

Zweifellos liegen Gefahren in der Vermachtung. Das war aber auch schon vorher bei Basisdemokratie und Consciousness-Raising immer eine Frage: Wer ist da die Wortführerin und kann plötzlich Begriffe setzen und sagen: So ist das! Und andere müssen sich da irgendwie durchbeißen. Das ist eine Frage von Artikulationsfähigkeit und so weiter. Also diese Vermachtung, die wir aber auch eben im Wortdialog haben, die findet sich da genauso, das bildet sich ab. Und sicherlich zählt durch diese Gemeinsamkeit von Menschen, die sich sonst vielleicht nicht kennen, dann auch nochmal etwas anderes. Ich meine, wenn wir jetzt gar kein Bild vor Augen haben – mit wem rede ich da, kann ich vielleicht unbefangener oder anders reden? Das finde ich auch total spannend, was da entstehen

kann, weil man sich eben nicht von Angesicht zu Angesicht kennt. Es kann auch sein, dass da noch eine andere Art von Vermachtung passiert. Aber ich glaube, diese beiden Richtungen gibt es für das Politische. Und auch für die politische Verantwortung, die dann auch jede zu tragen hat, die sich plötzlich als die Chefin aufspielt und sagt: so, ich definiere jetzt den Begriff mal so, und ihr habt das mitzumachen. Oder diejenigen, die es dann eben nicht schaffen, auf Wikipedia die eigenen Begriffe beschreiben zu dürfen ...

Bernd Robben: Mir geht es jetzt nochmal ein bisschen darum: Worüber diskutieren wir jetzt eigentlich? Also ist die Frage, das fand ich am wichtigsten an einem Punkt: wenn wir über die Revolution reden, über welchen Revolutionsbegriff reden wir eigentlich? Weil natürlich hat es die Digitale Revolution, ich würde sagen, gegeben, in den Neunzigerjahren...

Eva Senghaas-Knobloch: Ich dachte, in den Sechzigerjahren...

Bernd Robben: Nein, die digitale hat es in den Sechzigerjahren nicht gegeben.... Das ist eine ganz andere Art von Revolutionsbegriff. Der basiert aber ein Stückchen darauf, was Sie gesagt haben. Da ist eine neue Art von Technologie entstanden, ich würde sagen, die ist da entstanden, und die entwickelt sich jetzt auch nicht mehr in dem rasenden Tempo weiter, wie sie in rasendem Tempo auf uns eingedrungen ist und uns alle mit verändert hat. Das ist aber keine politische Revolution im engeren Sinne gewesen ...

Antonia Grunenberg: Warum entwickelt es sich nicht mehr in rasendem Tempo weiter?

Bernd Robben: Ich versuche es ganz kurz zu sagen: Der Computer ist ungefähr Ende des Zweiten Weltkriegs erfunden worden. Dann kam in den Fünfzigerjahren die großen ... sozusagen das, was die Revolution angefangen hat... Die Technologie angetrieben von der Kybernetik her in Riesenprogramme hineingepfercht, da ist die ganze Technologie entstanden. In den Fünfzigerjahren gab es schon Internet, gab es schon Vorführungen, wo alles gezeigt wurde – technisch –, was wir später als Internet erlebt haben. Aber niemand hatte Internet außer den Militärs ... Das Internet ist zwar in gewisser Weise ein Kind des Militärs, sicher, aber es ist erst da groß geworden, wo das Militär nicht mehr die Macht darüber hatte.

Es war ja Ihre Frage, warum ich glaube, dass die digitale Revolution jetzt evolutionär weiter geht. Die Einführung von PC und Internet und Handy sind schnell vor sich gegangen, diese drei Technologien sind ganz schnell eingebrochen. Viele Menschen, die ich erlebt habe, haben gesagt: Ich verstehe das nicht mehr. Aber nicht so auf der Ebene, wie wir das heute diskutieren. Die sind wirklich daran verzweifelt, gescheitert. Mein Vater konnte das nicht. Und das war keine Frage der Bildung, sondern

»Zweifellos liegen Gefahren in der Vermachtung«

das waren auch Akademiker, die haben das überhaupt nicht verstanden. Und auf einmal wurde sozusagen die Welt aufgeschrieben, als Schrift in einer Form, die sie nicht mehr verstanden haben. Das ist, wir erinnern uns kaum noch daran, das ist in den Neunzigerjahren gelaufen. In der Zeit, in der sich das Internet so verbreitet hat, jetzt tun wir das alle, und darin bewegen wir uns in normalem Tempo weiter. Das wird weitergehen, dass die Computer in alle Alltagsdinge eindringen... Also das was wir jetzt noch haben, man hat nicht nur einen sondern drei Computer, das verschwindet noch dahinter. Die Gegend wird insgesamt computerisiert. Aber das ist ein Prozess, der geht über ziemlich lange Zeit, und der wird nicht so sein, dass alle Menschen sagen: »Ich verstehe jetzt gar nicht, was passiert.« Sondern: »Das geht mir zu schnell«. Von der Art wie wir das heute auch hatten. Durchaus

gibt es Ungleichzeitigkeiten... Und deswegen habe ich das in den Achtzigern eine Revolution genannt, die vorbereitend ist, die zu Ende ist. Zu Ende in dem Sinne, wie Revolutionen überhaupt zu Ende sein können. Und das ist natürlich ein anderer Revolutionsbegriff als eine politische Revolution. Und er ist nicht direkt begleitet worden. Davon, was manche dann erwarten – wie das in der Magna Charta des Internet und bei einigen dann auch hieß –, das würde sozusagen direkt folgen, jetzt kommt die Netzgemeinde und übernimmt die Macht, diese Geschichten... Und die wurden Ende der Achtzigerjahre viel pointierter diskutiert, als das jetzt eben vorgetragen wurde. Da gab es eine Menge Leute, die das richtig ernst meinten. Und zum Teil war das auch notwendig, aus diesem ernststen Glauben daran sind ja überhaupt Betriebssysteme wie Linux entstanden. Man sollte das nicht einfach nur denunzieren. Nur wenn man das mit Abstand anguckt, dass wir daraus jetzt auch eine ganz andere politische Welt haben, das ist ganz offensichtlich nicht so.

Was ich noch sagen wollte: Wo sind wir jetzt eigentlich, wo sind wir jetzt eigentlich bei der Frage des Politischen? Ich fand den Beitrag ziemlich gut, sich zu überlegen, das war sozusagen eine These, zu sagen: Wo befinden wir uns? Wir hatten früher eindimensionale Medien – für eine bestimmte Zeit, das war letztlich auch nur eine relativ kurze Zeit. Jetzt haben wir mehrdimensionale, fraktionierte Öffentlichkeiten. Das finde ich interessant, daran zu diskutieren. Aber es muss ausdifferenziert werden. Wo stimmt das? Und wo stimmt das noch gar nicht? Für mich ist das politische Scheitern der Piratenpartei als Wahlpartei ein Beispiel dafür, dass das so gar nicht funktioniert. Was man bei der Piratenpartei, wenn man sie analysiert, auch gucken muss: Es stimmt eben nicht, dass sie eine ganz kurze Geschichte hat. Die ist schon sehr alt. Ich glaube, wenn man die Bewegung, die diese Piratenpartei hervorgebracht hat, ernst nimmt, wird sie viele politische Parteien überleben... und wahrscheinlich als erste die Piratenpartei selbst ... Den Eindruck habe ich im Moment jedenfalls. Und das ist jetzt die Frage: Wo gibt es Fraktionierungen? Und wenn Sie jetzt eben auch gesagt haben, es ist wirklich eine Revolution in unserem Denken, dann hat etwas stattgefunden, worüber wir wirklich nachdenken müssen: Was passiert da eigentlich? Ich bin nicht in der Lage, eine Antwort darauf zu geben. Sondern ich sehe nur so viele Teilsachen davon, wie man sehen kann, was hier behandelt wird. Eine fand ich total gut beschrieben: Teilöffentlichkeiten, die sich im Internet bilden. Und das sind für mich Wirklichkeiten. Genau wie die anderen. Was man jetzt beobachten kann bei sozialen Bewegungen, dass die sehr viel schneller über Grenzen hinweg miteinander kommunizieren. Also Beispiele sind, dass auf dem Taksim-Platz demonstriert wird, und in Bremen jetzt auch. Natürlich hat es so etwas immer schon gegeben, aber das hat mit dem Medium zu tun, das das schneller geht. Und das hatte schon vorher etwas mit dem Medium zu tun. Die Art, wie zum Beispiel die türkischen Gemeinden hier in Deutschland gelebt haben und gleichzeitig in der Türkei leben, das hat etwas damit zu tun, dass die Medienwelt sich verändert hat. Weil: Migration hat es immer gegeben, über ganz viele Jahre. Aber diese Art von Zusammenleben, wo ein großer Teil jetzt auch mal zurückgeht nach Istanbul, und das immer schon getan hat, also da hat es auch Veränderungen im politischen Raum gegeben, finde ich. ... Ich möchte jetzt offen gucken, wie organisieren die sich eigentlich? Das ist ja die Frage. Ich kann das nicht beantworten, die Antwort habe ich nicht, aber wo ich sehr dafür plädiere, die Ohren dafür offen zu halten, dass sich da etwas Neues tut. Und zu gucken in jede Richtung, wie wir uns einbringen können. Die Frage nach dem politischen Raum, der sich dabei bildet, wieder zu stellen. Natürlich immer auch zu fragen: Welche Machtprozesse haben sich damit gleichzeitig vollzogen. Das hatten wir ja mit Google und mit einer Reihe von anderen.

Karol Sauerland: Geht das nicht einfach nur schneller? Nicht neu, sondern schneller? Weil Emigration, und Leute, die im Ausland leben, und im Inland leben, die haben ja früher auch kommuniziert. Aber nicht so schnell.

Bernd Robben: Aber die Art, wie sich Diaspora-Gemeinden jetzt bilden, das ist wirklich etwas, was an dem Medium mit hängt. Und wo wir ein gutes Beispiel haben, wo wir sofort sagen können: Das liegt nicht nur an dem Medium. Das liegt natürlich an den sozialen Strukturen. ... Man könnte ganz schnell jetzt sagen: Das liegt nicht nur an dem Medium. Aber es hat, und das finde ich ganz offensichtlich, das ist eine Komponente, die das verändert hat. Wobei ich eben interessant finde: Wie?

Lothar Probst: Ich glaube, in dieser Debatte gibt es kein Schlusswort. Das ist eigentlich der Beginn einer Diskussion. Das ist auch durchaus interessant. Ich glaube, dass wir manchmal auf verschiedenen Ebenen diskutieren und einen unterschiedlichen Begriff des Politischen haben. Wenn ich über den Begriff des Politischen im Internet rede, auf Arendt bezogen, rede ich über etwas anderes. Aber das können wir jetzt wahrscheinlich auch gar nicht auflösen. Ich mache manchmal das Experiment, dass ich Studierende frage, wie sie sich denn vorstellen, wie die Revolution 1989 in Ostdeutschland zustande gekommen ist. Die können sich gar nicht vorstellen, dass das vollkommen ohne Internet, Handy usw geschah ...

Peter Rüdell: ... selbst die Telefone funktionierten nicht ...

Lothar Probst: ... selbst die Telefone funktionierten nicht. Dass es da trotzdem eine Revolution gegeben hat. Also verdammt nochmal, wie haben die das ohne Facebook usw. hingekriegt, dass aus diesem Land mit einem Mal ein ganz anderes Land geworden ist? Und ich glaube, man kann daran sehr schön zeigen, was der Unterschied ist zwischen vielen fragmentierten und separierenden Öffentlichkeiten, die sich übers Internet bilden, und der Entstehung eines politischen Diskurses, aus dem hervorgeht: Wir sind das Volk. Das heißt, diese Art von Verallgemeinerung, wo es nicht mehr um meine separierte partikuläre Öffentlichkeit geht, um mein Anliegen, was ich in die Gesellschaft pushen will, sondern um ein Grundanliegen der Gesellschaft. Wo entsteht in einer Internet-Community dieser Raum?

Bernd Robben: Die Internet-Community, die gibt es nicht.

Lothar Probst: Ja gut, dann die Community. Das ist sozusagen das Bild, das ich deutlich machen wollte, diese Fähigkeit »to act in concert«, wie Arendt das sagte, wie entsteht das aus diesen vielen separierenden Teilöffentlichkeiten? Das sehe ich bisher nicht, wie sich das aus dem Internet organisch in irgendeiner Weise entwickeln kann. Bei allen Vorteilen und Möglichkeiten, die es hat, um Teilöffentlichkeiten miteinander zu vernetzen. Vollkommen d'accord. Und ich habe das an einer Stelle mal kurz angesprochen, womit ich immer noch hadere, ist dieser Begriff der sozialen Netzwerke. Also mir hat noch keiner erklären können, was das soziale an diesen Netzwerken ist. Wenn man sich mit dem Begriff der Solidarität in der Geschichtsgenese beschäftigt hat, was eigentlich sozial ist, dann hab ich noch nie verstanden, was daran sozial ist.

Imke Sommer: Die wollen das verkaufen, deswegen nennen die das so. [Lachen]

Lothar Probst: O.k., endlich hat mich jemand aufgeklärt. ... Dann hat die Diskussion auf jeden Fall etwas gebracht.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren: Peter Rüdell und Lena Simon (Heinrich-Böll-Stiftung Bremen) und in alphabetischer Reihenfolge: Michael Ackermann, Oliver Bruns, Claude Draude,

Antonia Grunenberg, Björn Haferkamp, Anna Hollendung, Lothar Probst, Bernd Robben, Karol Sauerland, Ole Schulz, Eva Senghaas-Knobloch, Imke Sommer, Winfried Thaa, Walter Wilkens.

Transkription: Lena Simon

Redaktion: Michael Ackermann/Balduin Winter (ehemals Kommune-Redaktion, Frankfurt a. M.)